

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne
 je ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verordnungen
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 10. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Gewaltstreich.

Als im Januar die Zolltarif-Kommission ihre Beratungen begann, trugen die Freunde der Wucherzölle die Befürchtung zur Schau, es könne durch den Widerstand der Zollopposition die Beratung eine solche Ausdehnung gewinnen, daß ein Zustandekommen des Tarifes unabsehbar sei. Tatsächlich aber sind es dann die Parteien des Hochzoll selbst gewesen, durch deren Schuld die Verhandlungen der Kommission nicht allzu schnellen Fortgang nahmen. Es trat der Regierungsvorlage die Ueberzöllner entgegen, die trotz aller Abmahnungen der Regierungsvertreter eine agrarische Verschärfung der Vorlage durchsetzte. Bereits zum Tarifgesetz stellten die Konservativen und das Centrum zahlreiche Anträge, zu deren Beratung viele Wochen in Anspruch genommen wurden. Ebenso erforderten die agrarischen Anträge zu den Getreidezollpositionen sehr erhebliche Zeit und bis zu den Legizollstellen haben es die genannten Parteien nicht daran fehlen lassen, alle ihre Wünsche zur Zollvorlage vorzutragen und eingehend zu erörtern. Das war sicherlich das gute Recht dieser Parteien, nur muß festgestellt bleiben, daß gerade sie es waren, die bisher das Tempo der Beratung bestimmten. Jetzt plötzlich, da die agrarischen Parteien ihre Interessen gewahrt haben und nun bei einigen Positionen des Tarifs auch andere Parteien eine der Wichtigkeit dieser Fragen entsprechende Erörterung der Regierungsvorlage betreiben wollen, plötzlich leimt in den Reihen der Parteien, welche fortwährend der Regierungsvorlage Schwierigkeiten bereitet haben, die Absicht auf, denjenigen Kommissionsmitgliedern, die jetzt nicht für Erledigung der Zollvorlage im Sturmhaufe bereit sind, eine Beschränkung der Redefreiheit aufzuzwingen.

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet:
 Die Mehrheit der Zolltarif-Kommission ist gewillt, falls die socialdemokratischen Redner nicht davon Abstand nehmen wollen, stundenlang Reden über Zollfreiheit zu halten, die nur den Zweck haben, die Verhandlungen unnützlich anzuhalten und die Mitglieder zu ermüden, Änderungen für die Geschäftsordnung anzunehmen. Dieselben sollen dahin gehen, daß für jeden Redner eine bestimmte Zeit (30 bis 40 Minuten im Höchstfalle) angelegt wird, die der Redner nicht überschreiten darf, widrigenfalls der Vorsitzende das Recht hat, ihm das Wort zu entziehen. Der Vorsitzende soll dem Redner nach Ablauf der festgesetzten Zeit darauf aufmerksam machen, daß die Zeit um sei und ihm das Wort entziehen, falls er in weiteren zwei bis drei Minuten seine Rede nicht beendet. Privatim sind die socialdemokratischen Mitglieder von dieser Neuerung in Kenntnis gesetzt worden, um ihnen den Vorwand einer Ueberrumpelung aus der Hand zu nehmen. Sollten jedoch die Socialdemokraten ein Einsehen nicht haben, so wird zwar in einer der nächsten Sitzungen eine langwierige Geschäftsordnungs-Debatte entstehen, die abgeänderte Geschäftsordnung von der Mehrheit aber acceptiert werden. Es ist selbstverständlich, daß die neue Geschäftsordnung für alle Redner und für die Dauer der Verhandlungen besteht, ihr werden sich auch die rechtsstehenden Parteien und das Centrum bei der Beratung der Getreidezölle in der zweiten Lesung unterwerfen. Es verlaute, daß man für das Plenum ähnliche Neuerungen vorzunehmen will.

Nachdem die socialdemokratischen Mitglieder es haben ertragen müssen, daß in langen Debatten die Regierungsvorlage in zahlreichen Positionen überzöllnerisch verschlechtert wurde, denkt man, wenn die obige Korrespondenz recht berichtet, jetzt daran, die Socialdemokraten gewaltsam in der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten zu behindern. Man erklärt in christlicher Brutalität: Da es die Mehrheit der Mitglieder der Kommission „ermüdet“, die Socialdemokraten in der Vertretung ihrer Anschauung anzuhören, so soll die Redefreiheit beseitigt werden. Wofür haben sich denn die Mehrheitsparteien die Wucherzölle bewilligen lassen? Würde nicht die Regierungsvorlage, in der diese Zölle gefordert wurden, ausdrücklich mit den unvernünftigen Langwierigkeiten der Zollberatung begründet? Wie es nun scheint, hat man sich ein Panisquantum bewilligt, damit man jetzt die Zölle einstecken kann, ohne die aufgetragene Arbeit pflichtgemäß zu erfüllen. Es ist nicht Schuld der Socialdemokratie, daß dem Reichstag ein Tarifentwurf von fast 1000 Positionen vorgelegt ist, zu dessen Erledigung alle Zweige des deutschen Wirtschaftslebens einer gründlichen Untersuchung unterworfen werden mußten. Es ist aber auch nicht ein Recht, sondern eine Pflicht jedes Mitgliedes der Zollkommission, Zollsätze, die es als verderblich erkennt, in ihrer Verderblichkeit gründlich nachzuweisen. Da es den Gegnern der Zollhöhe bisher nur in sehr seltenen Fällen gelang, die Bestworter der Erhöhungen zu überzeugen, so ist es sogar ihre Aufgabe, ihre Befreiungsversuche noch eindringlicher und unmissender zu gestalten.

Es mag jedoch dahin gestellt sein, ob die Korrespondenz richtig unterrichtet ist, indem sie die Zustimmung der Kommissionsmehrheit zur Vergewaltigung der Minderheit voraussetzt. Wir können uns vorläufig noch nicht leiser Zweifel an der Richtigkeit der Meldung begeben. Nicht als ob wir einige Mitglieder der Kommissionsmehrheit nicht jeglichen Gewaltstreich-Versuchs für fähig hielten. Aber wir nehmen an, daß in der Mehrheit auch noch einige Mitglieder vorhanden sind, die sich weniger von den Eingebungen blinder Gefährlichkeit als von Erwägungen politischer Klugheit leiten lassen. Diese, sofern sie vorhanden sind, würden sich der Ueberlegung nicht ernst verwickeln können, daß der beabsichtigte Gewaltstreich die schwerste Gefährdung des Zolltarifs bedeuten würde, indem damit der Zollopposition das Recht gegeben würde, im Kampf gegen den Tarif jedes Mittel zur Anwendung zu bringen, auch solche Mittel, die nach der Geschäftsordnung ebensowenig zulässig sind wie die geplante Beschränkung der Redefreiheit.

Die Beschränkung der Redefreiheit in der Kommission würde eine rohe Verdrämmerung der bestehenden Geschäftsordnung des

Reichstags bedeuten. Dazu hat am allerletzten eine Kommission die Befugnis. Wenn in der Kommission solche Pläne verfolgt werden, so ist es erstes Erfordernis, das Plenum des Reichstags zu hören. Da dies zur Zeit unmöglich ist, so würde ein Vergewaltigungsbeschluß der Kommissionsmehrheit zugleich einen schweren Uebergriff gegen die Rechte des Plenums in sich schließen. Hier steht daher weit mehr als der Zolltarif in Frage. Hier würde an den Grundlagen des Reichstags verdrämmerisch gearbeitet!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Juli.

Parteitag als Verein.

Ein von einem dreigliedrigen Agitationskomitee einberufener socialdemokratischer Parteitag als Versammlung eines politischen Vereins! — so hat das Ober-Verwaltungsgericht in einem seiner durch Seltsamkeit ausgezeichneten Urteile entschieden.

Die Wegweisung der Frauen vom Provinzial-Parteitag der Socialdemokraten in Westfalen war die Ursache eines Verwaltungs-Streitverfahrens, das das Ober-Verwaltungsgericht am 8. Juli erledigt hat und zwar in einer Weise, die wieder einmal Kopfschütteln erregen dürfte. Am 26. und 27. Oktober vorigen Jahres tagte der erwähnte Parteitag in Dortmund. Am 27. Oktober verlangte die Polizei die Entfernung der anwesenden Frauen. Man kam dem Verlangen nach, um der Auflösung vorzubeugen, der Vorsitzende, Parteigenosse Max König, erhob jedoch Beschwerde bei der Polizeiverwaltung und beim Regierungspräsidenten zu Arnberg, und als dieser die Beschwerde als unbegründet zurückwies, schließlich noch beim Oberpräsidenten. Er machte geltend, daß die Sitzungen des Parteitages den Charakter öffentlicher Versammlungen hätten, an denen auch Frauen ungeachtet der politischen Debatten teilnehmen dürften. § 8 des Vereinsgesetzes, auf den sich Polizeiverwaltung und Regierungspräsident beriefen, könne nicht angewendet werden. Aber auch der Oberpräsident verwarf die Beschwerde und erklärte die Frauen-Ausweisung für berechtigt, weil der Parteitag von dem socialdemokratischen Agitationskomitee für das westfälische Westfalen einberufen worden sei und dieses aus drei Personen bestehende Agitationskomitee ein politischer Verein (!) im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes wäre. Der Parteitag wäre deshalb als Versammlung eines politischen Vereins, an der Frauen nicht teilnehmen dürften, zu behandeln. König sei der Vorsitzende des Komitees.

Genosse König klagte nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht, wiederholte seine früheren Ausführungen und hob unter anderem hervor, daß die Versammlung der Delegierten zum Parteitag (d. h. der Parteitag selber) gar nicht vom Komitee, sondern von einem Genossen aus der Stadt der Polizei angemeldet worden sei, wenn auch das Komitee ihn einberufen habe. Uebrigens sei das Komitee gar kein Verein.

Der Oberpräsident machte dem gegenüber in seiner Klagebeantwortung geltend, das Komitee, das immer auf ein Jahr vom Provinzial-Parteitag gewählt werde, besitze eine Organisation, indem die Ämter eines Vorsitzenden, eines Schriftführers und des Kassierers unter die drei Mitglieder verteilt seien. Der gemeinschaftliche Zweck der zu diesem Komitee vereinigten drei Personen sei, die socialdemokratische Bewegung im westfälischen Westfalen in Fluß zu erhalten und ihr weitere Ausdehnung zu verschaffen. Zu diesem Zwecke berufe das Komitee, wie Ausschnitte aus der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ bewiesen, jährlich den Parteitag ein und veranstalte Agitationsreisen socialdemokratischer Wanderrédner. Zu seinen Zwecken gehöre also auch die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen (§ 8 des Vereinsgesetzes), und es sei auch ein „Verein“, und zwar ein solcher gemäß § 8.

In der mündlichen Verhandlung vor dem I. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts machte Rechtsanwalt Roth-Berlin für den Kläger geltend, daß der Parteitag nicht als Versammlung des Komitees anzusehen sei. Selbst wenn das Komitee ein Verein wäre, was bestritten werde, könnte doch der von ihm einberufene Parteitag nicht als Versammlung des Vereins angesehen werden, denn eine Vereinsversammlung sei eine solche, die sich an die Mitglieder des betreffenden Vereins wende. Davon könne hier nicht die Rede sein, besitze doch der Parteitag als beratendes und beschließendes Ganzes aus Delegierten aus den verschiedensten Orten. Es handle sich wohl um eine Veranstaltung, die angedeutet von dem Agitationskomitee, nicht aber um die Versammlung eines Vereins „Agitationskomitee“ etc., habe es doch erst eines Parteitagsbeschlusses bedürft, dem Komitee überhaupt Sitz und Stimme auf den Parteitagen zu verschaffen. Das Komitee habe auch keine regelmäßigen Sitzungen, kein Statut, keine Organisation. Drei Personen könnten ferner überhaupt kein Verein sein.

Das Ober-Verwaltungsgericht unter dem Vorhitz des Herrn Lechow wies die Klage mit folgender Begründung ab: Das Agitationskomitee werde schon dadurch als „Unternehmer“ des Parteitages gekennzeichnet, daß es ihn einberufen und andewidlich der öffentlichen Einladung in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ die Vorbereitung getroffen habe. Das Komitee sei aber auch ein Verein. Ein Verein im Sinne des öffentlichen Rechts sei ein auf einem Vertrage beruhendes Rechtsverhältnis einer Mehrheit von Personen, die mittels gemeinsamer Zwecke unter einer organisierten Willensmacht zusammengeschlossen werde. Alle diese Voraussetzungen seien hier bei dem dreigliedrigen Agitationskomitee gegeben. Insbesondere sei das Komitee trotz seiner Gliederung nach außen als Mehrheit aufgetreten. Daß der Verein bezweckt habe, politische

Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, liege auf der Hand, er unterfalle also dem § 8 und mit ihm seine Veranstaltung, der Parteitag. Danach müsse die Ausweisung der Frauen für berechtigt erklärt werden. —

So absonderlich dies Urteil klingt, so ist das Ober-Verwaltungsgericht sich doch nur selbst treu geblieben. Bereits im Jahre 1896 hat das „Rheinische Agitationskomitee“ die gleiche juristische Logik des Ober-Verwaltungsgerichts zu spüren bekommen. Damals unternahm Genosse Mollenhauer eine Agitationstour durch Rheinland und Westfalen. Das aus drei Mitgliedern bestehende Agitationskomitee ordnete die Reihenfolge der Versammlungen, und diese Thatfache genügte, daß durch Urteil des Ober-Verwaltungsgericht vom 20. Oktober jene öffentlichen Versammlungen als Vereinsversammlungen, ausgehend vom „Verein“ Agitationskomitee, „erkannt“ wurden.

Wenn aber auch das Ober-Verwaltungsgericht die Augen der Konsequenz hat, so ist doch dies nur die Konsequenz des Beharrens im Irrtum. Es widerspricht dem Begriff des Vereins, derartige aus ein paar Personen bestehende Ausschüsse, die keine Statuten, keine Organisation haben, als Vereine zu charakterisieren. Besondere hat auch das Reichsgericht in diesem Sinne entschieden, damals als es sich um das unter Köllers Ministerkassationsentscheid „Zwangsbindungstexten“ des „Vereins“ socialdemokratischer Parteivorstand mit dem „Verein“ Reichskommission, dem „Verein“ Agitationskommission usw. handelte (1895/96). Damals hat das Reichsgericht festgestellt, daß diese Kommissionen keine Vereine seien. Das Ober-Verwaltungsgericht freilich braucht keine Rücksicht auf die Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts zu nehmen. Preußen ist aber auch auf diesem Gebiete mehr als das Reich.

Praktisch ist dieser vom Ober-Verwaltungsgericht ausgesprochene Zwangsfaß von geringer Bedeutung. Der rheinisch-westfälische Parteitag wird eben künftig von einer Person einberufen werden, und man wird dann dem Ober-Verwaltungsgericht es überlassen, zu entscheiden, daß auch eine Person einen Verein darstellen könne. Uebrigens dürfen ja Frauen jetzt auch an Versammlungen teilnehmen, sofern sie im „Segment“ sitzen, so daß auch aus diesem Grunde der Aufwand oberverwaltungsgerichtlicher Scharfsinn zwecklos erscheint.

Zunehmend mahnt auch die neue Entscheidung, auf endliche reichsgerichtliche Regelung des Vereins- und Koalitionsrechts zu dringen, damit politische Ehitane und juristische Listeleien dieses Grundrecht des Volkes nicht mehr anzugreifen vermögen. —

Deutsches Reich.

Kapitalistische Scharfmacherei.

Die kapitalistischen Hintermänner der „Post“ scheinen den neuen Eisenbahnminister Rudde im Verdacht zu haben, daß er sich dem Schutze der „Großen Berliner Straßenbahn“ nicht mit derselben Inbrunst zu widmen gereicht ist, als wie es sein Vorgänger — dem die Gesellschaft die Verlängerung der staatlichen Konzession um 30 Jahre über den Ablauf ihres Vertrages mit der Stadt Berlin verhandelt — getan hat.

Ob und in wie weit auch der neue Eisenbahn-General das Privatkapital, welches in Straßenbahn-Aktien investiert ist, vor der Konkurrenz der Gemeinden schützen wird, muß abgewartet werden — der Vorstoß der „Post“ läßt daran schließen, daß der Draht zwischen dem Direktionsgebäude der Gesellschaft und dem Eisenbahn-Ministerium nicht mehr — oder noch nicht? — ganz so fest verankert ist, wie unter dem Thielen'schen Kommando.

Wie immer wird das „rote Wespen“ mobil gemacht, um auf den Minister zu wirken, und so wird denn in der „Post“ — Nr. 813 vom 8. d. M. — gegen die Kommunalisierung der Berliner Straßenbahnen getwittert — weil bei dem Einfluß der socialdemokratischen Fraktion der in der Stadtverordneten-Versammlung die Disziplin im Straßenbahnbetrieb außer Rand und Band geraten, und horrible Missethaten — den Straßenbahnern möglicherweise sogar der Eintritt in die Gewerkschaftsorganisation gestattet werden könnte.

Die Furcht, daß die Gemeindeverwaltung das Koalitionsrecht der Straßenbahner respektieren könnte, ist bei den Inspiratoren des „Post“-Artikels so groß, daß sie die Sicherheit des Staates als gefährdet erachten, wenn der neue Minister etwa Reizung zeigen sollte, dem städtischen Betriebe der Straßenbahnen von Staatswegen keine Schwierigkeiten zu machen.

In dem Artikel der „Post“ paart sich das Verlangen nach ungestörter Ausbeutung mit brutalem Unternehmerröchum. Um den Minister gegen die Kommunalisierung der Straßenbahnen scharf zu machen, werden die Straßenbahnen — im Besitz und Betriebe der Gemeinden — als eine Gefahr für die Staatsbahnverwaltung hingestellt, während die Aktiengesellschaften bzw. deren Betriebsleitungen als musterghäftige Einrichtungen für „unverläßliche straffe Disziplin gepriesen“ werden.

Die heiligsten Güter des Kapitalismus sind in Gefahr, wenn — so wünscht die „Post“ — der Verstaatlichung der Straßenbahnen nicht vorgebeugt wird.

Die Angst um die Dividende macht sich in folgendem Steh-senszer Luft:

In erster Linie der Eisenbahnminister, nächst ihm aber auch der Minister des Innern, haben daher ein dringendes Interesse daran, darüber zu wachen, daß nicht im Wege der Kommunalisierung der Straßenbahnen der Socialdemokratie und ihrer Propaganda in den Angestellten und Arbeitern der großen Straßenbahn-Unternehmungen ein neues wichtiges Einwirkungs-eröffnet und eine Operationsbasis geschaffen wird, von der sie mit Aussicht auf Erfolg einen Einbruch in die Disziplin der Staatsbahnverwaltung unternehmen kann.

Der Eisenbahnminister und der Minister des Innern sind mit der Ausführung des Kleinbahn-Gesetzes betraut, in ihrer Hand liegt in letzter Stelle die Aussicht über die städtischen Straßenbahnen, sowie das ganze Genehmigungsverfahren. Von ihnen hängt es wesentlich ab, ob und in welchem Tempo sich die Verstaatlichung der großen Straßenbahn-Unternehmungen vollziehen wird; auf ihnen ruht demzufolge auch die Verantwortung, daß nicht auf dem Wege der Verstaatlichung privater Verkehrs-Unter-

nehmungen durch Erweiterung der Macht und des Einflusses der Socialdemokratie dem gemeinen Wohl ein schwerer Schaden zugefügt wird.

Als wenn der Eisenbahnminister nicht Order pariert oder den Bink mit dem Jaunpfaß nicht versteht, dann muß der Polizeiminister eingreifen.

Herr Budde weiß nun, wessen er sich zu versehen hat, wenn er etwa der Ansicht sein sollte, daß die allgemeinen städtischen Interessen höher zu bewerten sind, als die Ansprüche des Privatkapitals, wenn es sich um die Erhaltung der bestehenden und die Beschaffung neuer Verkehrseinrichtungen handelt.

Als preussischer Wahlmänner soll der Königsberger Regierungsrath v. Waldow Direktor im Ministerium des Innern werden.

v. Waldow ist ein Exreaktionär, ein konserverativ-agrarischer Junker. Von ihm ist also nicht zu befürchten, daß er bei den nächsten Landtagswahlen die Behörden gegen die Kanalrebellien mobil macht oder sie auch nur neutralisiert. In Preußen beherrscht das Junkertum die Verwaltung stärker als Krone und Regierung. Die Berufung Waldows ist ein Beweis für die „liberale Aera“, vor deren Einbruch die Konservativen sich so gern fürchten, wenn sie sich über die Absichten der Bourgeoisie lustig machen wollen.

Der gefährlichste Mann Deutschlands

Ist nach dem „New York Herald“ Herr Pierpont Morgan. — Die Pariser Ausgabe des „Herald“ schreibt unter der Ueberschrift: „Der Kaiser bewundert Mr. Pierpont Morgan“.

Berlin, Sonntag. Mr. J. Pierpont Morgans Ankomst hat eine große Bewegung in der Stadt hervorgerufen. Sein Einzug war wie der eines Monarchen, nur das militärische Gepränge fehlte. Auf der Eisenbahnstation und am Hotel Bristol waren dichte Menschenmassen (throngs), um einen Blick von dem Manne zu erhaschen, den Deutschland heute mehr als irgend jemand anders fürchtet. Unter den Linden ging gestern Abend bald das Wort von Mund zu Mund, daß der „amerikanische Kaiser“ in der Stadt sei. ... Mr. Morgan amüsierte sich über das ungewöhnliche Interesse und die Aufregung, welche seine Anwesenheit in Berlin hervorrief. ... Aber der freundliche Herr Wallin, welcher Mr. Morgan und seine Umgebung auf Kosten der Hamburg-Amerika-Linie und auf einen Umlauf des Kaisers führt, gab Mr. Morgan nicht viel Zeit, sich die Stadt anzusehen und sich darüber zu entscheiden, welcher Teil des Kaufens wert sei.

Man sieht, der über Milliarden sommandierende Kapitalismus nimmt es bereits mit den lächerlichsten Ansprüchen eines mythologischen Gottesgnadentums auf. Und die neue Macht ist realer als die alte. Wir haben also wenig Anlaß, den amerikanischen „Großwahn“ zu verspotten.

Zum Untergang des Torpedobootes S. 42.

Das Hamburger See-Unter fällt in der Gerichtsverhandlung gegen den Kapitän des englischen Dampfers „Fribby“, der am 24. Juni das deutsche Torpedoboot S. 42 bei Cuxhaven überkam, seinen Spruch dahin, daß der Angeklagte, obwohl in rechtmäßigen Sinne der Zusammenstoß durch die Führung des englischen Dampfers verschuldet sei, von dem Verschulden der fahrlässigen Tötung freizusprechen sei. Der Unfall sei dadurch herbeigeführt worden, daß der englische Dampfer sich zu spät entschlossen habe, das zur Vermeidung des Zusammenstoßes notwendige Steuermandöver auszuführen. Ferner wurde festgestellt,

daß die Situation eine weniger schwierige geworden wäre, wenn der Kommandant des Torpedobootes nicht in der Leitlinie angeseuert wäre, sondern die Leitlinie hätte aneinanderhalten lassen. Das Einsteuern in der Leitlinie ist in dem Rordsee-Handbuche für Torpedoboot vorgegeschrieben; diese Vorschrift steht jedoch nicht im Einklang mit der Hamburgischen Verordnung betreffend die Rede und das Elbfahrwasser bei Cuxhaven vom 15. April 1898.

Danach bestehen also für die Marine Vorschriften, die jener Hamburgischen Verordnung direkt widersprechen, und die, wie der tragische Fall mit dem Torpedoboot beweisen hat, zu verhängnisvollen Schiffsunfällen führen müssen, bei denen eine Anzahl von Menschenleben — in meinem Falle vier — verloren gehen! Jedenfalls ganz eigenartige Zustände. Unausgeklärt ist auch die befremdende Thatsache, daß sich an Bord des deutschen Kriegs-Zugs verschiedene englische Passagiere, zwei Lords und Sportsman mit ihrer Dienerschaft, befinden haben, während doch unsere Marine bekanntlich, von der kaiserlichen Familie abgesehen, keinerlei Verkehrszwecken dient.

Wie kam es aber, daß das Torpedoboot Passagiere an Bord nehmen konnte? —

Tollstoß wegen Gotteslästerung freigesprochen. Die zweite Strafkammer des Leipziger Landgerichts verhandelte heute gegen den Uebersetzer der Tollstoßschen Schrift „Der Sinn des Lebens“, Direktor Löwenfeld vom Schiller-Theater in Berlin und den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs aus Leipzig, gegen welche wegen Gotteslästerung und Verhöhnung kirchlicher Einrichtungen Anklage erhoben worden war. Beide Angeklagte wurden freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Die Einziehung der beschlagnahmten Exemplare der betreffenden Broschüre wurde aufgehoben.

So wäre denn doch noch Deutschland vor der Blamage bewahrt worden, eine Tollstoßsche Schrift zu konfiszieren, die trotz dem Eifer der heiligen Synode in Rußland unbeanstandet geblieben ist. Vortheilhafter für den literarischen Ruf Deutschlands wäre es freilich gewesen, wenn das Leipziger Landgericht das wunderliche Aussehen der Staatsanwaltschaft von vornherein abgelehnt hätte.

Gepeitschte Lakaien. Ein „nationales“ Blatt macht seinem geprehten Lakaiengefühl durch folgenden Schmerzschrei Luft: Der Londoner Berichterstatter der „Munch. Allg. Ztg.“ berichtet über eine geradezu unerhörte Dreifigkeit der englischen Regierung gegenüber der deutschen Presse. Nachdem der Vertreter des sehr korrekten, mit der Wilhelmstraße in sehr guten Beziehungen stehenden Blattes erklärt hat, er habe bisher aus Rücksicht auf die Erkrankung König Eduards geschwiegen, berichtet er:

Das Carl-Marshallamt und die Admiralität hatten für die hiesigen Vertreter der Presse jedes Landes eine Anzahl von Karten für die Kronungsfeierlichkeiten zur Verfügung gestellt, d. h. Zutrittskarten 1. zur Westminster-Abtei (hierfür natürlich wegen Raummangetels nur in ganz beschränkter Zahl), 2. zu einem Regierungs-Schaugerüst, um den königlichen Anzug in Augenschein zu nehmen, und 3. zum Regierungsdampfer, um der Flottenschau beizuwohnen zu können. Aber nachdem alle Blätter bereits vom Carl-Marshallamt und von der Admiralität bedacht worden war, kaperte es mit den Karten für die Vertreter der deutschen Presse. Und woran lag es? Die englische Regierung hatte mit Bezug auf die deutsche Presse Schwierigkeiten erhoben und hatte bestimmt, daß nur solche in London vertretene deutsche Zeitungen berücksichtigt werden sollten, die während des südafrikanischen Krieges keine englischfeindliche Haltung beobachtet hatten. Damit war natürlich, abgesehen vom „Wolfschen Telegraphen-Bureau“, die deutsche Vergünstigungsliste auf die „Ölische Zeitung“ beschränkt.

Statt sich der englischen Regierung verpflichtet zu fühlen, daß sie die deutsche Presse der Berichterstattung eines ebenso wichtigen wie swiderlichen Schmutzpräpates überhebt, scheidet man über eine geradezu unerhörte Dreifigkeit der Regierung. Als ob unsre Schmutz nicht ähnliches auch in Deutschland gewohnt wären. Oder hat man sie nicht einfach von den Festlichkeiten ausgeschlossen, bei denen kaiserliche Reden erwartet werden? —

Heimförderung von deutschen Boerenfreiwilligen. Aus Colombo (Ceylon) wird gemeldet: Gemäß Weisungen des deutschen Auswärtigen Amtes hat der dortige deutsche Konsul von den englischen Behörden zunächst 55 deutsche Kriegsgefangene übernommen und auf dem nächsten nach Deutschland abgegangenen Reichspostdampfer „Edenburg“ eingeschifft. Auf dem Dampfer „Sultan“ werden sieben andre deutsche Gefangene auf ihren Wunsch nach Deutsch-Ostafrika befördert.

Die „Freisinnige Zeitung“ geht vor, noch immer nicht zu verstehen, wodurch die freisinnige Parlamentsmajorität ihre Kritik verdient. In der Zustimmung zum Bürgerlichen Gesetzbuch, zur Reform des Militär-Etatgerichts, zur Gewerbe-Novelle von 1891 hätten die Freisinnigen nicht anders gehandelt als nach dem Grunde, der geringeren Fortschritten zugestimmt, wenn bedeutendere nicht zu erhalten seien, und doch hätte die Socialdemokratie dieses Verhalten getadelt. Die „Freisinnige Zeitung“ sollte sich halten, selbst alle politischen Verfehlungen ihrer Partei in Erinnerung zu bringen. Bei der Beratung der Gewerbe-Novelle war bekanntlich ein Vertreter des Freisinn in der berichtigten „Verschlechterungs-Kommission“ eifrig thätig. Daß die Zustimmung der Freisinnigen zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zur Reform des Militär-Etatprozesses von und besonders getadelt sei, ist unrichtig. Allerdings ist dieser Tadel nicht etwa deshalb ausgeblieben, weil kein Anlaß vorlag, ihn zu erheben, sondern nur, weil bei der Beratung und Abstimmung dieser Vorlagen besseres vom Freisinn überhaupt nicht zu erwarten gewesen ist. Thatsächlich hätten die Liberalen des Reichstags neben andern bürgerlichen Parteien es in der Hand gehabt, eine weit socialere Ausgestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches und eine gerechtere Gestaltung der Militärjustiz zu erreichen. Freilich, wenn sich der Freisinn, ähnlich dem regierungsfreien Centrum, durch jedes Drohwort der Regierung einschüchtern und zum Verzicht auf weitergehende Forderungen drängen läßt, dann ist es nicht erstaunlich, daß das Tempo des politischen Fortschritts, wo ein solcher überhaupt erreicht wird, der Schneegang ist. Nur vollständige Denkmalsfähigkeit kann den Unterschied dieses freisinnigen Verhaltens gegenüber der Stellungnahme unsrer bayerischen Parteigenossen übersehen.

Klassisch für die freisinnige Taktik, die nicht nur eine Taktik des Schneeganges, sondern des Abschusses ist, ist der erneute Versuch der „Freisinnigen Zeitung“, das Verhalten ihrer Partei in der Judensteuerfrage zu beschönigen: Die freisinnige Volkspartei habe sich der von der Socialdemokratie geforderten Ermäßigung der Judensteuer enthalten, um nicht „damit direkt in die Spiege derjenigen Gegenparteien zu laufen, welche darauf ausgehen, angesichts des Defizits im Reichshaushalt neue Steuern und Zölle einzuführen.“ Das ist nicht nur eine theoretische Ansicht, durch die jede Verbesserung auf dem Gebiete des Reichssteuerwesens unmöglich gemacht würde, sondern geradezu eine Erinnerung derjenigen Parteien, welche neue Steuern und Zölle beabsichtigen.

Unser Hinweis, daß es gerade der „Freisinnigen Zeitung“ nicht zustehe, die bayerische Socialdemokratie zu kritisieren, da die bayerischen Freisinnigen ebenfalls der Wahlrechtsresolution zugestimmt hätten, sucht die „Freis. Ztg.“ durch eine halloise Anrede zu begegnen. Wir sollen nicht ehrlich polemisiert haben, weil wir in den Satz der „Freis. Ztg.“: „Diese Art Kompromisse zu schließen in Programmforderungen, ist man auf freisinniger Seite nicht gewöhnt“, die Worte „in Programmforderungen“ ausließen. Diese Worte halten keinerlei Bedeutung und wir konnten sie entbehren, da es sich überhaupt nur um Programmforderungen in dieser ganzen Angelegenheit handelt. Wenn aber die „Freis. Ztg.“ meint, ihre bayerischen Parteigenossen hätten durch Zustimmung zu der Resolution Programmforderungen der freisinnigen Partei nicht aufgegeben, so hat sie entweder die in der Resolution geforderten Wahlrechtsbestimmungen nicht gelesen oder giebt sich den Anschein, sie nicht gelesen zu haben, um aus der peinlichen Lage, in die sie durch ihr plummes Vorschlagen die eignen Parteifreunde brachte, zu entkommen. Die Resolution fordert bekanntlich u. a. auch Census und einjähriges Wohnsitz als Bedingungen des Wahlrechts. Da das Programm der freisinnigen Volkspartei Ausdehnung des Reichstags-Wahlrechts auf die Einzelstaaten fordert, so haben allerdings die bayerischen Abgeordneten, die der freisinnigen Volkspartei nahe stehen, die „auf freisinniger Seite nicht gewohnte Art, Kompromisse zu schließen“, betrieben. Wenn aber endlich die „Freis. Ztg.“ erklärte, der den bayerischen Socialdemokraten gemachte Vorwurf treffe die bayerischen Freisinnigen nicht, weil das freisinnige Programm der Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre nicht entgegenstehe, so ist das vollends höchst absurd; wenn es nach freisinniger Ansicht lobenswerth ist, ein Wahlalter von 25 Jahren anzusetzen, so hat offenbar die bayerische Socialdemokratie nicht Vorwürfe, sondern den Verfall der „Freis. Ztg.“ verdient, da sie — wenn auch nicht aus den programmatistischen Ansichten des auch in dieser Frage rücksichtigen Freisinn, sondern insolge einer Zwangslage, in die sie sich versetzt glaubte — zur Verwirklichung einer freisinnigen Programmforderung beitrug.

Aus einer freisinnigen Stadt. Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen in Nürnberg wird uns geschrieben: Wie schon mitgeteilt, stellte unsre Partei in Nürnberg an die städtischen Kollegien den Antrag, die Gemeindevahlen nach Bezirken vorzunehmen und den in Nürnberg selbstständig beheimateten Personen das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht miengetzlich zu gewähren. Dadurch sollte erreicht werden, daß die socialdemokratische Partei auch in der Gemeinde durch einige Vertreter zum Wort komme. Der Magistrat lehnte diese Anträge einstimmig ab und dieser ablehnende Beschluß lag am Dienstag auch dem Gemeindefesttag vor. Hier fand sich eine starke Minderheit, die sich für die socialdemokratische Forderung betreffend Einführung von Bezirkswahlen erklärte. Der Wortführer dieser Minderheit, der liberale Justizrat Wunder, bezeichnete es als ein Gebot der Billigkeit, der Partei, deren Anhänger in Nürnberg die Mehrheit der Bevölkerung bilden, die Möglichkeit zu schaffen, in der Gemeinde vertreten zu sein. Er beantragte, mit Bewauern davon Kenntnis zu nehmen, daß der Magistrat sich nicht entschließen konnte, die Wahl nach Bezirken vorzunehmen. Der Antrag wurde mit 27 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die hervorragendsten Führer der freisinnigen Partei, wie z. B. der Abgeordnete für Coburg, der berühmte „Hansleerer“ des Reichstags.

Was sagt Eugen Richter zu diesem freisinnigen Verhalten? —

Ausland.

Drohende Anarchie auf Kuba.

Dem „Verl. Tagebl.“ wird aus Washington gemeldet: General Lee (der frühere amerikanische General-Konsul auf Kuba) veröffentlichte die ein großes Aufsehen erregende Erklärung, daß Kuba an der Schwelle der Anarchie stehe. Zunächst sei ein finanzieller Zusammenbruch zu befürchten, weil Kubas Einnahmen allein aus den Zöllen kämen, letztere aber, seitdem die Amerikaner die Insel verlassen, stark im Abnehmen begriffen seien. Das kubanisch-amerikanische Geschäft sei im vollsten Rückgange, weil das Vertrauen verloren gegangen sei. Ferner ständen schlimme Unruhen von seiten der Regier bevor, die früher der Insurgenten-Armee angehört. Nicht weniger als 40 000 solcher Regier verlangten Zahlung des rückständigen Soldes. Dazu komme das Schüren der Politik gegen den Präsidenten Palma, der thatsächlich nur von einer kleinen Partei gewählt worden sei. Die von den Amerikanern eingerichteten Schulen und Vorkehrungen in gesundheitlicher Beziehung seien schon im vollsten Verfall, weil die Beamten nicht

bezahlt würden. Eine vorläufige Rettung der Republik sei nur möglich durch sofortige Gewährung von Handelsvorteilen von seiten Amerikas, insbesondere für Zucker und Tabak. Wenn das nicht geschehe, sei die Anarchie sicher, das aber würde gleichbedeutend sein mit einem Eingreifen Amerikas und der Annetierung der Insel.

Frankreich.

Einkommensteuergesetz. Der Finanzminister Rouvier bezieht sich die Regierung hat sich durch die Annahme der Tagesordnung Jaurès noch viel bestimmter gebunden, ein Gesetz betr. die Einkommensteuer einzubringen, als dies erst nach den vorliegenden telegraphischen Nachrichten der Fall zu sein schien. Die Tagesordnung Jaurès lautet nämlich: Die Kammer nimmt Kenntnis von dem Versprechen der Regierung, noch vor dem Ende des Jahres einen Gesetzentwurf, betreffend die Einkommensteuer, der als Basis für die nachkommende Diskussion und als Ausgangspunkt für eine wirksame Reform dienen kann, einzubringen und geht zur Tagesordnung über.

Vom Kampf gegen die Kongregationen. Dem „Gaulois“ zufolge wird die Regierung die Schließung weiterer 200 Kongregations-Schulen vornehmen, welche zwar die gesetzliche Erlaubnis nachgesucht, diese aber erst nach Wiedereinzutritt des Parlaments erlangen können, da das Parlament alle diesbezüglichen Besuche genehmigen muß.

Belgien.

Nachwehen vom Wahlrechtskampf. Der Genter Gerichtshof hatte den Socialisten Schran, welcher angeklagt war, bei den letzten Wahlen einen Revolver getragen und mit diesem zu schießen gedroht zu haben, freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung hiergegen ein und der Appellationshof von Gent verurteilte Schran nunmehr zu einem Jahr Gefängnis.

England.

Chamberlain hat Mittwoch früh das Hospital verlassen. Er trug keine Kopfbedeckung, da der Kopf verbunden war. Der Minister fuhr mit seiner Gemahlin nach seiner Wohnung.

Asien.

Zur Frage der chinesischen Kriegsentwädigung. Ein „Kosau-Telegramm“ meldet vom 8. Juli aus Peking: Die Vertreter der fremden Mächte sind bis jetzt weder bezüglich des englischen noch des amerikanischen Vorschlages für die Zahlung der Entschädigung auf Grund einer Silberbasis zu einem Beschluß gekommen. Anscheinend besteht keine Aussicht auf eine baldige Einigung der Gesandten.

Afrika.

Die ständige englische Garnison, welche in Südafrika verbleiben wird, soll 50 000 Mann der verschiedensten Waffengattungen umfassen. Ferner soll durch alle Mittel die Ansiedelung von Reservisten und verabschiedeten Soldaten in den amelierten Gebieten gefördert werden, damit, falls die Notwendigkeit es erheischt, sofort eine allgemeine Mobilmachung erfolgen könne.

Amerika.

Die Regierungen von Argentinien und Chile haben ein Abkommen unterzeichnet, in welchem nähere Bestimmungen über die Ausführung der Verträge betreffend das Schiedsgericht und die Einschränkung der Rüstungen getroffen werden, um die Möglichkeit künftiger Verwicklungen zu vermeiden. Die öffentliche Meinung ist über das Abkommen beschiedigt.

Präsident Castro ist gestern morgen an Bord des Dampfers „Atlan“, der zwei Schooner mit Regierungstruppen im Schlepptau führte, angekommen. Barcelona ist teilweise von den kufständischen umzingelt. Der Präsident wird nicht vor Sonntag zum Angliß übergeben.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate

befinden sich außer den gestern mitgeteilten noch in:
Böhm, Johannisstr. 22.
Cassel, Wilmannsstraße 20 II.
Gelsenkirchen, Hochstr. 53.
Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.

Zur bayerischen Wahlrechtsfrage.

Die Münchener Parteigenossen nahmen, wie uns von dort berichtet wird, am 7. Juli Stellung zur Wahlrechtsfrage. In einer auf beidseitige Veranlassung erstattete Genosse Ed. Schmid den Bericht über die Verhandlungen des Ludwigsbader Parteitages zu der im Landtag angenommenen Wahlrechtsresolution. An den Bericht knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion an, in der sich die Genossen Vaber, Gruber und Timm für die Fraktion aussprachen. Timm sprach sich dahin aus, daß Vebel und Varus völlig vorbeigebenen und durch die Art ihres Vorgehens — unbeschadet ihrer sonstigen großen Verdienste — die Partei geschädigt haben. Als Gegner sprach zunächst Genosse Spizer, der besonders deswegen Bedenken hegt, weil es wahrscheinlich nicht leicht mehr gelingen werde, das Wahlrechtsalter wieder auf 21 Jahre herabzusetzen. Genosse Gottfried betrauerte die Zustimmung zur Resolution gleichfalls als tollstischen Fehler und beschränkt, man werde durch das in Aussicht stehende Wahlrecht zu Kompromissen gedrängt, die erst recht die Agitation erschweren. Genosse Bauer stimmt mit Vebel überein, daß es an der nötigen Agitation fehle; die Wahlrechtsfrage hätte man nach belgischem Muster propagieren müssen. — Gegen einige wenige Stimmen wurde schließlich von der etwa von 400 Personen besuchten Versammlung folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Delegierten vollständig einverstanden, insbesondere billigt sie deren Abstimmung über die Wahlrechtsfrage und spricht der Fraktion ihr volles Vertrauen aus.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

In Wild-West erinnernde Zustände

sind im Versammlungsleben Danzigs dadurch eingerissen, daß die Behörde den bereits mehrmals wegen im Dienst begangener Verletzungen von socialdemokratischen Versammlungsbesuchern bestrafte Polizeikommissar Sachse nach wie vor zur Ueberwachung von Versammlungen verwendet. Dieser Mann ist offenbar verodert derartig überreizt, daß es ihm nicht möglich ist, sich zu beherrschen, und die gegen ihn ergangenen Gerichtsurteile haben anscheinend seinen Zustand org verschlimmert.

In der letzten Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins zu Danzig war Herr Sachse nun wieder als „Ueberwachender“ anwesend und fühlte sich durch eine Bemerkung des Genossen Vaber, dessenwegen er das letzte Mal bestrast wurde, derart gereizt, daß er vom Vorsitzenden verlangte, derselbe solle dem Redner das Wort entziehen, widrigenfalls er die Versammlung auflösen werde. Der Vorsitzende weigerte sich, diesem völlig ungeheuerlichen Verlangen nachzukommen; Genosse Vaber verzichtete aber, um die Versammlung nicht zu gefährden, auf fernere Ausführungen. Trotzdem löste der Herr Kommissar die Versammlung auf. Was nun folgte, ist fast ungläublich. Herr Kommissar Sachse zog nämlich, während die Genossen in Entsetzen begriffen waren, einen Revolver! Genosse Vaber bemerkte zuerst das gefährliche Schicksel, das in der Hand dieses Mannes das größte Unheil anrichten konnte. Sofort rief er den Genossen laut zu, sie sollten sich vor dem Revolver schützen. Hierdurch schien der Kommissar doch etwas zur Besinnung zu kommen, denn er zog die Waffe etwas an sich und murmelte etwas von — eigenem Schuß (h.). Als Genosse Berger den andern Genossen

angeführt des Revolvers wartend zurück, sie sollten sich nur möglichst schnell entfernen, um vor demselben geschützt zu sein, am Sachse auf ihn zu drohte: „Der Berger, wenn Sie die Leute aufreizen (S), muß ich Sie verhaften.“ Natürlich antwortete Berger kühl und prompt, daß die pflichtgemäße Warnung, sich einer drohenden Lebensgefahr zu entziehen, unmöglich eine Aufreizung sein könne. Bei den wiederholten Kommandos Sachse an den untergebenen Polizisten: er solle die Gesellschaft hinausbefördern, ersuchte Berger ihn höflich, niemand zu beleidigen, worauf Sachse, gewissermaßen sich entschuldigend, eifrig erwiderte — und die Komit machte sich trotz des Ernstes der Situation bemerkbar —: „Gesellschaft ist doch keine Beleidigung; sehen Sie, ich zähle mich doch zur guten Gesellschaft!“ Sodann sperrte er das Lokal durch einen Schutzmannsposten für jeden Besuch bis 11 Uhr vollständig ab.

Selbstverständlich haben solche Vorkommnisse noch ein Nachspiel; auch hier sollte es nicht ausbleiben. Am 5. Juli nachmittags 4 Uhr erhielt die Wirtin meines Danziger Parteilokals in der Brodbänkenstraße ein sehr eiliges, sogar vom gleichen Tage datiertes Schreiben des Polizeipräsidenten folgenden Inhalts:

Königl. Polizei-Präsident, Danzig, den 5. Juli 1902.
J. Nr.: IV 2654.

In Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung sehe ich mich veranlaßt, in Gemäßheit der §§ 2 und 1 der Polizei-Verordnung vom 4. April 1877, Intelligenzblatt Nr. 93, und § 10, Teil II, Titel 17, Allgemeinen Landrechts, die Polizeistunde für Ihre Lokal Brodbänkenstraße Nr. 11 auf acht Uhr abends festzusetzen, wovon ich Ihnen mit dem Bemerkten Kenntnis gebe, daß diese Verfügung sofort in Kraft tritt.

Anßerdem wird Ihnen infolge der im Lokal vorgekommenen Ausschreitungen und Widerstands gemäß § 10, II, 17, Allgemeinen Landrechts, die fernere Benutzung des Lokals zu Versammlungszwecken bis auf weiteres untersagt.

An Frau Juliana Berger, Wessel,
geb. Foth, hier.

Gleichzeitig wurde sämtlichen Vorständen der in dem Lokal tagenden Vereine folgendes dringende Schreiben zugestellt:

Kgl. Polizei-Präsident, Danzig, den 5. Juli 1902.
J. Nr.: IV 2654.

Infolge der vorgekommenen Ausschreitungen und Widerstands gegen die Staatsgewalt war ich genötigt, das Lokal Brodbänkenstraße 11 zu Versammlungszwecken bis auf weiteres zu verbieten.

Den Vorstand des Verbandes sehe ich deshalb hierdurch in Kenntnis, daß das Lokal Brodbänkenstraße 11 zu Versammlungen bis auf weiteres nicht benutzt werden darf.

An den Vorstand des Verbandes zu Händen des Herrn

In dem genannten Lokal sind niemals „Ausschreitungen“, wenigstens durch die Gäste, vorgekommen; es ist niemals „Widerstand“ gegen die Staatsgewalt geleistet worden. Was der Herr Polizeipräsident dafür ansieht, war nichts als die Ausübung eines gesetzlich gewährleisteten Rechtes, des Versammlungrechtes, für das unsre Genossen mit durchaus erlaubten Mitteln kämpften. Die Unterbeamten gingen übrigens weit über das von dem Herrn Polizeipräsidenten Verlangte hinaus. Obgleich der Polizeipräsident den Gebrauch des Lokals „nur“ für Versammlungen verbietet, so erschien am 5. Juli, abends gegen 8 Uhr, im Lokal, in dem der Schank bereits eingestellt war, der Polizeiwachtmeister Staab mit einem Schutzmann und verlangte sogar die vollständige Räumung des Lokales von den Personen, die ihre Gewerkschafts- und sonstigen Beiträge bezahlten. Als ihm erklärt wurde, daß dieser Gebrauch des Lokales nicht untersagt sei, und der Lokalpächter daselbst an die Kaffierer zu diesem Zweck ausdrücklich durch Kontrakt vermietet habe, forderte der Beamte trotzdem die schleunige Räumung. Ihm wurde darauf erklärt, daß die Anwesenden auf ihr gutes Recht nicht verzichten und nur der Gewalt weichen würden, worauf der Beamte das Lokal verließ und für diesen Tag von der Anwendung von Gewaltmaßregeln abließ. — Für die Zukunft fürchten die Parteigenossen jedoch das Schlimmste.

— Ein der „Socialdemokratie verfallener“ Arbeiter-Turnverein. Den § 1 des Vereinsgesetzes sollte der Vorsitzende des Arbeiter-Turnvereins Jahn in Kiel dadurch übertreten haben, daß er eine gemeinschaftliche Versammlung des genannten Vereins und der benachbarten Arbeiter-Turnvereine einberufen hatte, ohne dies der Polizei anzuzeigen. Aus der Tagesordnung: „Beratung darüber, ob und wie die Arbeiter-Turnvereine an der Kieler Föderation durch einen näheren Zusammenschluß einen größeren Einfluß der „Deutschen Turnerschaft“ gegenüber gewinnen könnten, schlossen Polizei und Staatsanwaltschaft auf eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. — Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei, worauf die Staatsanwaltschaft Revision einlegte, der sich der Ober-Staatsanwalt am Kammergericht anschloß. — Das Kammergericht verurteilte die Revision. Nach Ansicht desselben sei eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten darin nicht zu sehen, wenn die Frage erörtert werde, wie die Arbeiter-Turnvereine einen größeren Einfluß gegenüber der Deutschen Turnerschaft gewinnen könnten. Letzteres sei vielmehr eine Privatangelegenheit der beteiligten Turnvereine. Die Unterlassung der Anmeldung sei demnach berechtigt gewesen.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-westfälisches Kohlenstudikat. Die Förderung der Schmelzschlacken betrug im Juni 1902 2978 596 Tonnen gegen 3 068 090 Tonnen im Mai d. J. und 4 058 740 Tonnen im Juni des vorigen Jahres. Da die rechnermäßige Veteiligung 5 005 693 Tonnen oder arbeitstätig 200 225 Tonnen gegen 4 846 871 Tonnen bzw. 199 871 Tonnen im Mai d. J. und 4 427 782 Tonnen bzw. 189 424 Tonnen im Juni 1901 betrug, ist mithin die Förderung gegen die Veteiligung um 20,52 zurückgeblieben, während im Mai dieses Jahres nur 18,17 und im Juni vorigen Jahres nur 8,33 Proz. betragen hat.

Es ist also im Juni die Förderungseinschränkung gegenüber dem Mai um 2,35 Proz. gestiegen, und wird im laufenden Monat, soweit sich nach der ersten Woche des Juli beurteilen läßt, noch weiter zunehmen. Die Abgabeförderung betrifft sowohl die Fettsäure als die Lagerkohlen, vornehmlich aber letztere, so daß sich das Studikat gezwungen gesehen hat, auf der linken Rheinseite bei Rheinhausen große Mengen Lagerkohle zu lagern, um den Bedarf gegenüber seinen Abnahmeverpflichtungen nachzukommen.

Ueber die Aussichten der rheinischen Eisen-Industrie enthält der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Handelskammer zu Dortmund eine beachtenswerte Äußerung. Nachdem der bedeutende Rückgang der Hoheisenproduktion und die starke Zunahme der Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaren geschildert worden ist, heißt es in dem Bericht:

„Es ist schwer zu übersehen, wenn in diesen Verhältnissen eine durchgreifende Besserung zu erwarten ist. Der ganz außerordentlich gesteigerte Bedarf in Amerika, den die dortigen Werke nicht zu befriedigen im Stande waren, ermöglichte es den deutschen Werken, schon im zweiten Semester des Jahres 1901 einen Teil ihres Ueberflusses dorthin abzuleiten. Diese Möglichkeit hat sich bis über den Schluß des Jahres hinaus erhalten. Hauptsächlich durch Uebernahme von Lieferungen in dieses Land konnten weitere Einschränkungen der Betriebe bisher bei uns vermieden werden. Es ist aber bei dem außerordentlichen Reichtum an Eisen und Kohlen und den vorzüglichen Transportverhältnissen Amerikas anzunehmen, daß die in den letzten Jahrzehnten schon gewaltig gesteigerte Produktionsfähigkeit der Werke dieses Landes noch weitere Fortschritte macht und bald nicht allein den Bedarf des eignen Landes

decken, sondern über denselben hinaus große Mengen von Eisen- und Stahlwaren in die Abgabegebiete der älteren Industrieländer werfen wird. Ein Zusammengehen der europäischen Industrieländer, um dieser Gefahr rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten, kann daher nicht dringend genug empfohlen werden.“

Zu diesem empfohlenen Zusammengehen der europäischen Industrieländer sind aber unbedingt die von den rheinischen Eisen- und Stahlwerken betriebenen enormen Forderungshöhen das untauglichste Mittel.

Kohlenausfuhr aus England. Im Laufe der heutigen Beratung im Unterhause erklärte Sir David Macaulay eine Anfrage wegen des Niederganges des britischen Kohlenausfuhr nach Hamburg, daß allerdings im Vergleich zu 1900 im Jahre 1901 ein Rückgang eingetreten sei. Die Ausfuhrziffern seien im Jahre 1900 aber weit höher gewesen als in den Jahren 1897, 1898 und 1899. Der Rückgang im letzten Jahre sei eine Folge der ungünstigen Lage der deutschen Industrie gewesen. Er glaube nicht, daß die Abnahme der britischen Kohlenausfuhr nach einem einzelnen deutschen Hafen ein Beweis für die Notwendigkeit sei, die Frage des Kohlenzolles aufs neue in Erwägung zu ziehen.

Gewerkschaftliches.

„Die Gewerkschaft“, das von Bruno Boersch redigierte Organ der Gemeinde-Arbeiter, druckt in ihrer neuesten Nummer die Besprechung ab, welche das Korrespondenzblatt der Generalkommission über den Gewerkschaftsfrage brachte, und fügt dem hinzu:

„Die können uns im großen und ganzen mit den Ausführungen des Korrespondenzblattes bezüglich des Kongresses einverstanden erklären. Nur möchten wir betreffs des Bismarckschen Schlusswortes betonen, daß dieses uns wie auch vielen anderen Delegierten nicht besonders gefallen hat, so hoch wir Bismarck auch sonst schätzen. Wir haben gewiß nicht die geringste Ursache, der socialdemokratischen Partei in ihrer Allgemeinheit etwas feindlich gegenüberzutreten, sondern müssen das freundschaftliche Verhältnis, welches zwischen ihr und uns besteht, auch weiter aufrecht erhalten. Ob aber dazu fortwährende Verbündungen gehören, die bald an Unklarheit grenzen, möchten wir doch bezweifeln. So etwas ist wenig mannaft und zwingt wirklich ehrlichen Naturen keine besondere Hochachtung ab.“

Wenn man, wie es der Redacteur der „Gewerkschaft“ thut, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen der Socialdemokratie und den Gewerkschaften aufrecht erhalten will, dann ist es unverständlich, wie man sich in seinen neutralen Empfindungen schon dadurch verletzt fühlen kann, daß dies freundschaftliche Verhältnis bei einer so passenden Gelegenheit, wie sie der Gewerkschaftsfrage bietet, durch einige unerwünschte Worte aufs neue befestigt wird. Nun weiß aber die übergroße Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, ebenso wie ihre Vertreter in Stuttgart, daß die Socialdemokratie die einzige Partei in Deutschland ist, von der die Gewerkschaften eine Förderung ihrer Interessen zu erwarten haben. Dieser Thatsache hat Bismarck in seiner von den Delegierten mit offenkundigem Beifall aufgenommenen Schlußrede Ausdruck gegeben. Wenn nun jemand, der in Farrer Rommum den Vertreterführer der Zukunft sieht, über Bismarcks Worte die Nase rümpft, so ist das „wenig mannaft und zwingt wirklich ehrlichen Naturen keine besondere Hochachtung ab.“

Und das um so weniger, als der Redacteur der „Gewerkschaft“ wissen mußte, wie notwendig gerade die von ihm vertretene Organisation hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Forderungen die Unterstützung der Socialdemokraten in den Gemeindevertretungen braucht, und daß sie diese Unterstützung auch stets gefunden hat.

Berlin und Umgegend.

Die Parkettbodenleger nahmen am Dienstag Stellung zu dem von verschiedenen Firmen verübten Kontraktbruch. Laut gegenseitiger Vereinbarung beträgt die Grundtaxe im Accordtarif 90 Pf. (bis 25 Stäbe pro Quadratmeter). Dieser Tarif ist gültig bis zum 1. Oktober laufenden Jahres, kann aber am 1. Juli gekündigt werden. Tritt keine Kündigung ein, so verlängert sich die Gültigkeit auf ein weiteres Jahr. Trotz dieser für Arbeiter und Arbeitgeber bindenden Abmachungen haben es eine Anzahl Firmen im Laufe des Winters fertiggebracht, die Grundtaxe eigenmächtig von 90 auf 80 Pf. zu reduzieren. Infolge der bisher nur flauen Geschäftslage hatten sich die Bodenleger die vertragswidrige Schwächung ihres Verdienstes gefallen lassen. Bei der gegenwärtig günstigen Konjunktur aber sind sie sich schließig geworden, mit aller Energie wieder auf die Innehaltung der alten Tariffaxe zu dringen. Den Anfang hiermit machten die ca. 60 Arbeiter der Firma Kamptzmeister. Sie reichten ihre Forderung ein, erhielten aber keine Antwort, worauf sie am Montag die Arbeit niederlegten. Am Dienstag wurde ihnen nun der Bescheid, daß die Firma demwilligen wolle, wenn die angefangene Arbeit auf den Bauten zu dem Satze von 80 Pf. erst fertiggestellt würde und gleichzeitig auch die übrigen Firmen sich wieder für die Zahlung der vertragswidrigen Grundtaxe von 90 Pf. bereit erklärten. Diese Zustimmung lehnten die Arbeiter rundweg ab, sie fordern vielmehr die sofortige Zahlung des alten Satzes. Das energische Vorgehen der Kampfvereiner Arbeiter wird allgemein begrüßt. Beschlossen wurde, den durch diese Abwechslung in den Streik tretenden Kollegen eine Unterstützung von wöchentlich 21 M. zu zahlen, zu deren Ausbringung die arbeitenden Kollegen pro Woche 1 M. mit beisteuern.

Der Streik der Vergolder bei der Firma Gummersbach ist zu vollständiger Zufriedenheit der Kollegen nach 5tägiger Dauer beendet. G. erklärte, das Lohnsystem beizubehalten, einen Minimallohn von 24 M. zu zahlen, und sämtliche ausständigen Kollegen, soweit dieselben noch arbeitslos sind, wieder einzustellen.

Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Aufsperrung im Kieler Baugewerbe wird uns aus Kiel geschrieben: Die Innung „Banhütte“ hat die neuen Vermittlungsvorschläge des Magistrats zurückgewiesen und es zum zweitenmal abgelehnt, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen. Das Schreiben, das dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts am Dienstag diesen Beschlusses der Innung mitteilte, lautet:

„Ueber die seit Mitte voriger Woche dorther selbst stattgehabten Besprechungen in der Lohnsache hat die heutige Innungsbearbeitung beschloffen, und zwar sind die genannten Vorschläge abgelehnt. Auch wurde die Ausrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt abgelehnt, da die Innung fest entschlossen ist, ihre Angelegenheit allein zu regeln. Beschlossen ist, die hiesigen Gesellen, wenn dieselben insgesamt einen bezügl. Antrag stellen, wieder in Arbeit zu nehmen, soweit für dieselben sich noch Beschäftigung bietet. Für dieses Jahr würden 55 Pf. Stundenlohn gezahlt. Vom 1. Januar 1903 bis 1907 ist die Innung bereit, den Lohn vertraglich auf 60 Pf. bei 9 1/2 Arbeitsstunden festzulegen. Falls die Gesellen dies Angebot annehmen wollen, können sie sich direkt an den Innungsvorstand wenden.“

Dieser neue Maß der Innung ist drastischer, als alle vorangehenden. Für dieses Jahr soll überhaupt keine Lohnhöhung stattfinden, obwohl bis jetzt stets 60 Pf. angeboten waren; jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist trotz der geradezu fieberhaften Konjunktur im Kieler Baugewerbe für lange Jahre ausgeschlossen. — Der Magistrat und die Stadtverordneten hätten es in der Hand, ihren Vermittlungsvorschlägen Anerkennung seitens der Innung zu verschaffen, denn die Stadt wird in den kommenden Jahren der größte Arbeitgeber im Baugewerbe sein. Der Prachtbau eines städtischen Theaters, der Bau einer Schiffs- und Maschinenbau-Anstalt, ein großer Kasernenbau usw. sind von den Stadtkollegen beschloffen. Die Stadtverwaltung müßte, wie in allen Kreisen der Einwohnerschaft gefordert wird, die Vergabung dieser Arbeiten von der Beschäftigung einzelner Arbeiterkräfte abhängig machen. Im Stadtparlament aber haben die Hausagrarier den größten Einfluß, die im Verein mit den liberalen Wahlrechtsräubern jede social gerichtete Kommunalpolitik mit Gohn ablehnen. Mit Rück-

sicht auf die tiefgehende Erregung, die die gesamte Einwohnerschaft über die gelegentlich der Bauhandwerker-Aufsperrung von der städtischen Verwaltung dokumentierte socialpolitische Unfähigkeit ergriffen hat, werden sich die socialdemokratischen Vereine Kiel und Gaardens am Donnerstag in einer kombinierten Versammlung mit der Frage beschäftigen, ob sich die Arbeiter nicht trotz des hohen Census (1200 M.) wieder an den Stadtverordneten-Wahlen beteiligen sollen.

Die Zimmerer Hamburg haben sich der von den Maurern besetzten Zunft nicht angeschlossen. In einer Zimmererverammlung, die am Dienstag stattfand, legte der Referent eine Resolution vor, welche sich für Aufhebung der Sperrung ausdrückt unter der Voraussetzung, daß die Innung mit den Vertretern der Streikenden in Unterhandlung tritt. Die Versammlung beschloß, über diese Resolution gar nicht abzustimmen. Die Zimmerer behalten somit ihre bisherige Zunft bei. — Die Unternehmer saßen fort, Arbeitswillige aus allen Winkeln Deutschlands, Oesterreichs und Hollands heranzuziehen. Von den bisher eingeführten Holländern sind bereits 22 Mann wieder abgereist.

Achtung! Lederarbeiter. Die Streikenden in Königssee sind sämtlich abgereist und ist über Königssee die Sperre verhängt. Die Kollegen allerorts werden erucht, Zugang nach Königssee strengstens fernzuhalten. Der Centralvorstand.

Die Nachwächter in Hannover oder, wie sie genannt werden, die Angestellten des hannoverschen Wachs- und Schließ-Instituts, befinden sich in einer Lohnbewegung. Als seiner Zeit das Institut eingerichtet wurde, erhielten die Wächter für eine Dienstzeit von 9 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens (im Winter bis 6 Uhr) einen Monatsgehalt von 65 M.; nach einhalbjähriger Dienstzeit 70 M. Außerdem gab es pro Monat eine freie Nacht und pro Quartal 3 M. für Einklassierung. In Aussicht gestellt wurde noch etwas mehr. Statt der in Aussicht gestellten Gehalts-erhöhung hat das Institut nun aber eine Lohnreduzierung vorgenommen. Die Wächter sollen jetzt 2,30 Mark pro Nacht und nach einhalbjähriger Thätigkeit 2,40 Mark erhalten, außerdem soll die freie Nacht wegfallen, so daß derjenige, der auch nur eine Nacht im Monat frei haben will, aus eigener Tasche dafür 2,30 Mark an den Referentmann zahlen muß. Ferner sollen auch noch die 3 Mark pro Quartal für Kaffieren, was selbstverständlich am Tage gechehen muß, wegfallen.

Damit sind die Wächter erklärterweise nicht einverstanden. Sie haben eine Kommission gewählt und durch diese den Inhabern des Wachs- und Schließ-Instituts folgende Forderungen unterbreiten lassen: 1. Gehalt pro Monat 90 M. inkl. zwei freier Nächte und monatliche Kündigungsfreiheit; 2. Einsetzung einer Kommission, die in Gemeinschaft mit der Direktion zu prüfen hat, ob ein stütziger Entlassungsgrund vorliegt, bezw. Anhörung dieser Kommission vor der Entlassung eines Angestellten; 3. bessere Behandlung.

Ausland.

Ein Streik der Transportarbeiter, an dem gegen 200 Personen beteiligt sind, ist in Sauerporena (Italien) ausgebrochen, beteiligt sind die Salzträger, die beim Möbeltransport beschäftigten Arbeiter, die Bretterträger, sowie die Kutscher und Fuhrleute. Die Streikenden verlangen an Stelle der 16stündigen Arbeitszeit eine solche von 14 Stunden und eine geringe Lohnhöhung; für Extra-Arbeit soll die Lohnhöhe 25 Proz. betragen. Die Unternehmer, welche zunächst keinerlei Verhandlungen eingehen wollten, haben sich, da die Streikenden anhalten, zu Unterhandlungen bereit erklärt. Der Streik hat aber auch die Gründung eines Unternehmerverbandes zur Folge gehabt.

Der Streik der Lohnkutscher in Triest ist beigelegt, die Kutscher haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Lederzölle.

80. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 9. Juli.

An Stelle Vernsteins ist Abg. Woz in die Kommission eingetreten.

Position 557, Treibriemen und Treibriemenbahnen wird in der Vorlage mit einem erhöhten Zoll von 60 M. belegt.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Stadthagen begründet den Antrag, Weder Fabrikanten noch irgend eine Korporation forderten Zollhöhung, die Regierung habe diese ohne Grund vorgenommen.

Müller-Meinungen beantragt, den Zoll auf 45 M. herabzusetzen. Er, Medner, ziehe seinen Antrag nicht zurück, damit er für die zweite Lesung als Protest gegen die Lederzölle wirke.

Woz weist der Regierung vor die Stimmung in Industrie, freisen völlig unberücksichtigt gelassen zu haben. Große national-liberale Lederfabrikanten, die im Regierungslager stehen, nennen die Zollfrage der Regierung und die Beschlüsse der Kommission sinnlos, weil sie wissen, daß die blühende Lederindustrie durch diese sinnlosen Beschlüsse schwer geschädigt wird. Eine fast unübersehbare Enttäuschung in diesen Kreisen zeige, wie verständnislos die Kommission verfare. Man möge hier noch in letzter Minute verbessernd eingreifen, das könne mit Ausnahme des Antrages auf Zollfreiheit geschehen.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Position 558, Stöße, Reitpeitschen und dergl. aus Tierflecken, unladet 30 M., ladet 70 M., wird unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrages auf Zollfreiheit, den Stadthagen begründet, nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 559, Sattler- und Täscherwaren aus Leder oder Häuten aller Art, bei einem Reingewicht des Stüdes von 2 Kilogramm oder darüber — 65 M.; von weniger als 2 Kilogramm, aus Ledertapete und Kleider aus Leder ohne Rücksicht auf das Gewicht des Stüdes — 80 M.; in Verbindung mit Beschlägen, auch Stickerien aus Leder — 120 M.; beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Müller-Meinungen beantragt, für die ersten beiden Sätze 65 M. zu setzen und den Satz von 80 M. zu streichen.

Müller-Meinungen behauptet, daß die betreffende Industrie keines Zollschutzes bedarf, denn sie sei nach den statistischen Ausweisen auf die Ausfuhr angewiesen. Neppschall müßten ihr gefährlich werden. Es sei unnützig, wie der Tarif Deutschland mit einer chinesischen Zollmanier umzuge. Mindestens müßte der alte Zustand bestehen bleiben.

Semler will eine neue Nummer dem Abschnitt einfügen: Fertige Kleider aus Leder: per 100 Kilogramm ganz oder teilweise aus Seide, gefüttert . . . 1200 M. mit andern Geleiswaren gefüttert . . . 350 M.

Es handle sich hier um Luxusartikel. Trozdem setzt Medner die Sätze nachträglich auf 700 resp. 250 M. herab.

Stadthagen widerspricht, daß es sich bei den Waren, die der Antrag Semler treffen wolle, um Luxusartikel handle. Medner begründet den Antrag auf Zollfreiheit.

Schemmrat Wermuth erucht, den Semlerschen Antrag abzulehnen, er sei praktisch unmöglich.

Mollenbuhre greift die Art, Anträge, wie den Semlerschen, zu stellen. Gestern lautete der Antrag auf 1200 M., heute habe der Antragsteller sich schon 500 M. abhandelt lassen, und wenn ihm nun nur noch die 65 M. der Vorlage geboten würden, so werde der Antragsteller sagen: Fort mit Schanden. Uebrigens seien die begehrtesten Kleider keine Luxusstücke; wolle Semler Luxusstücke treffen, dann hätte er seinen Anträge die Sicherheitsbestimmung beifügen müssen, daß eben nur die Kleider getroffen werden sollen. Der Antrag sei einfach undurchführbar.

Baasche verteidigt Semler gegen Mollenbuhre.

Schemmrat erucht, die Vorlage anzunehmen.

Semler bemerkt, er habe mit seinem Antrage die beste Tendenz verfolgt. Jedenfalls wolle er die Art der Kritik Mollenbuhres zurück.

Graf Rautsch schließt sich dem zweiten Teile des Antrages Semler an und beantragt, ihn der Nr. 559 einzufügen.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen, dazu der Antrag Rautsch, nach welchem Kleider aus Leder, mit Gespinnstwaren gefüllt, mit 250 M. Zoll belegt werden.

Die Positionen 560, Handschuhleder, zugeschnitten oder gestanzt — 150 M.; 561, Handschuhe, ganz oder teilweise aus Leder — 200 M., werden zur Beratung verbunden.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Graf Posadowsky erklärt, im Wirtschaftlichen Ausschuss sei ein Zoll von 1200 M. verlangt worden. Das seien unerfüllbare Forderungen. Die Hauptursache komme aus Oesterreich, die Hauptursache gehe nach Amerika. Aus der Produktionsstatistik gehe hervor, daß die Handschuhindustrie vorwiegend Hausindustrie sei. Die Produktionskosten in Oesterreich seien halb so groß als in Deutschland, das rechtfertige die Zollherabsetzung.

Wodt begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die Kommission hat sich geradezu in eine Zwidmühle verfahren; Rohstoffe sind zuerst vergoltt worden, dann mußten Halbfabrikate dran und nun Ganzfabrikate; so begründet man einen Zoll mit dem andern. Die Ausschüsse sprechen für Zollfreiheit.

Graf Rautsch beantragt 400 M. zu Position 461, Trendt 600 M. Letzterer zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Rautsch zurück.

Trendt betont gegenüber einer Bemerkung Wodts über die Haltung des Abg. Hahn, daß die Vertreter der Landwirtschaft in der Kommission nicht für diese Haltung Hahns verantwortlich gemacht werden könnten.

Spahn beantragt zu 560 — 200 M.

Preussischer Handelsminister Müller hebt hervor, daß nur die Fabrikanten, die ordinäre Ware führen, die Zollherabsetzung wünschen.

Müller-Meinungen beantragt, die alten Zölle, die je 100 M. betragen, bestehen zu lassen.

Wandert bemerkt gegenüber den Ausführungen des Staatssekretärs, es sei Schuld der deutschen Handschuhfabrikanten, wenn die Löhne in Oesterreich schlechter und darum die Produktionskosten dort geringer seien. Als die Oesterreichischen Handschuhmachergehilfen streikten, um höhere Löhne zu erringen, haben deutsche Handschuhfabrikanten schwarze Listen herumgehen lassen, damit kein Oesterreicher Streikender Arbeit in Deutschland besäme, und außerdem haben sie den deutschen Gehilfen verboten, ihre Oesterreichischen streikenden Kollegen zu unterstützen. Die deutschen Fabrikanten sind also schuld an den niedrigen Produktionskosten in Oesterreich, gegen die sie nun hohe Zölle verlangen. So schädlich und widerständig werde gewirkt, daß Graf Rautsch erweitert seinen Antrag auf Position 560, für die er 300 M. fordert.

Müller-Spahn tritt für den Antrag Müller-Meinungen ein und betont, daß mit den Zollherabsetzungen der Schmuggel mit Handschuhen stark gefördert erfahre.

Die Positionen 560 und 561 werden nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 562—565, Unterabschnitt O, Kirchnerwaren, werden zur Beratung verbunden. 562, Felle — frei; 563, Pelzwaren, nicht überzogen, nicht gefüttert — 6 M.; 564, Pelzwaren, überzogen oder gefüttert — 150 M.; 565, ausgestopfte Tiere und Teile davon — 70 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Wandert begründet diesen Antrag. Durch den Zoll auf die ungefüllten Pelzwaren würden gerade die kleinen Kirchner geschädigt, die in 5700 Kleinbetrieben ihre Existenz fristen.

Zu Pos. 562 wird nach der Vorlage angenommen.

In Pos. 563 werden nach einem Antrage Spahns die Worte: „zusammengenähte Pelzstücke zu Futter, Besätzen usw.“ gestrichen, diese Waren bleiben also zollfrei.

Dann werden die Pos. 563, 564, 565, sowie die Anmerkung dazu nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt D, Waren aus Dänemark. Die Pos. 566, Darnschürze und Darnseile — 60 M.; 567, andre Waren aus Dänemark — 70 M., werden entgegen dem socialdemokratischen Antrage auf Zollfreiheit nach der Vorlage angenommen.

Mollenhuhre wies besonders auf die Spielwarenindustrie hin, der man Hilfsmaterial verteuere.

Zu Pos. 568, Abfälle, Abgenützte Lederstücke und Lederwaren, sonstige Lederabfälle sofern ihre Verwendung als Leder oder zu Lederwaren nach ihrer Beschaffenheit ausgeschlossen ist, beantragen die Socialdemokraten Streichung der gesperrten Worte. Mollenhuhre begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Verletzung von Fabriken, die die Abfälle zu Surrogaten verarbeiten.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Rautsch schlägt vor.

Die Positionen 569, Rautschul, künstlich — 6 M.; 570, Weichlaute, auch gefärbt etc. — 8 M.; 571, geschnittene Platten — 12 M., werden zur Beratung zusammengezogen.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Schrader beantragt 569 zollfrei zu lassen, 570 und 571 mit je 3 Mark Zoll zu belegen. Die Rautschulindustrie Deutschlands habe eine so große Bedeutung gewonnen, daß man sich hüten sollte, in ihre Entwicklung mit Zöllen einzugreifen, das könnte ein böses Beispiel für andre Staaten geben.

Stadthagen weist auf die steigenden Dividenden der betreffenden Fabriken hin, neuerdings haben einzelne bis zu 60 Proz. Dividende gezahlt. Man dürfe dies für viele Industrien unentbehrliche Produkt nicht verteuern. Die Zölle auf Rautschul förderten die Kartellbildung.

Geheimrat v. Heule bezeichnet die Zölle als unerheblich für die Industrie, sie seien aber handelspolitisch zu verwerten.

Mollenhuhre kritisiert scharf die Motive der Regierung, die fälschlich Amerika als Konkurrenzland angegeben hätte.

Spahn beantragt 3, 5 resp. 8 M.

Hahn erklärt sich ebenfalls für die Herabsetzung.

Graf Posadowsky erklärt, die Regierung habe nichts gegen den Antrag Spahn einzuwenden.

In den Positionen 569, 570 und 571 werden die Anträge Spahns angenommen.

Position 572, Rautschul, ohne Verbindung mit Gespinnst — 10 M.; mit Gespinnst unvollständig umspinnen — 20 M.; mit Seide überzogen — 60 M.; mit andern Gespinnst überzogen — 40 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Schrader beantragt für die ersten beiden Sätze je 3 M. zu legen, für überzogene — 40 M.

Wandert begründet den Antrag auf Zollfreiheit.

Geheimrat Lufansky tritt für die Vorlage ein.

Die Position 572 wird nach der Vorlage angenommen.

Schluß 1/3 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Geriichts-Beitrag.

Sonntagsarbeit bei den Norddeutschen Eiswerken. Zum Abschluß kam am Montag, den 7. d. M., ein Verfahren, welches vor Jahresfrist gegen die Direktion der Norddeutschen Eiswerke, Himmelsburg, bei der Strafkammer des Schöffengerichts Berlin II wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und Uebertretung des Gesetzes betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe anhängig gemacht war.

Angelagt waren Direktor Jeez von den Norddeutschen Eiswerken, Eishändler Reule und Eishändler Weier, sämtlich aus Himmelsburg. Wie aus der Verhandlung ersichtlich war, wurde den Angestellten zur Last gelegt, daß sie ihre Arbeiter ausnahmslos an Sonn- und Festtagen von früh 2 resp. 3 Uhr bis nachmittags 1 resp. 2 Uhr beschäftigten. Auf den Norddeutschen Eiswerken kamen allein für den Fall durchschnittlich 200 Personen in Betracht, welche bei einem Wochenlohn von ca. 19,50 M. inklusive Sonntags-

arbeiten mußten. Von einer Zeugenerkennung wurde Abstand genommen, da sämtliche Angeklagte die Uebertretung zugaben. Der Gerichtshof kam nach einer fast einstündigen Verhandlung zu dem Beschluß, daß sämtliche Angeklagte sich im Sinne des Gesetzes schuldig gemacht und daher zu bestrafen seien. Erkannt wurde auf Geldstrafen in Höhe von 3—10 M.

Wie sind begehrt zu wissen, ob eine Geldstrafe von 10 M. die Direktion der Norddeutschen Eiswerke, welche in der Saison über 800 Arbeiter beschäftigte, veranlassen wird, die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung in Zukunft besser zu beachten.

Leipziger Bankprozeß. Auf Anfrage des Staatsanwalts kam jetzt Sachverständiger Blau-Rosell in Bezug auf die Bilanz und den Geschäftsertrag für 1900 aus, es hätte im Bericht mindestens gesagt werden müssen, daß die Bank mit der Treberg-Gesellschaft in Verbindung stehe und die Engagements sehr gewachsen seien. Die Sachverständiger Wäinger ausführte, daß bei der Lotterie-Darlehnsklasse 9 958 000 M. Trebergwechsel und Effekten verpfändet worden, darunter allein 5 200 000 M. Trebergwechsel, und bei andern Bankeinstituten 5 650 000 M. Effekten, darunter 1 1/2 Millionen Leipziger Bankaktien. Eine Dividende von 9 Proz. hätte bei einem Risiko von 80 Millionen unbedingt nicht verteilt werden dürfen. Die Verdienste an der Treberg-Gesellschaft hätten von der Bank nicht verteilt werden dürfen, sondern in die Reserven geflossen werden müssen.

Als Junge erscheint der Konkursverwalter der Leipziger Bank, Rechtsanwalt Freytag. Die leichtsinnig die Gründung mancher Tochtergesellschaften vorgenommen wurde, zeigte Bhaboda, das mit 3 Millionen Kronen gegründet wurde und bei weitem nicht 300 000 M. wert sei. Freytag erwähnt alsdann die unverkaufte Bankaktien, welche von der Treberg-Gesellschaft mit 3 800 000 M. erworben worden seien zu dem Zweck, Bantlin aus seinen Untersuchungen herauszudrängen. Die Leipziger Bank hat darauf bis zum Ausbruch des Konkurses 1 Million bar und 600 000 M. in Wechseln bezahlt und hat somit 1 Million verloren. Die Wechsel sind beim Konkurs angemeldet. Bantlin hat sonach 1 Million verdient.

Freytag sagt weiter aus, Erner habe alle seine Anlagen bei der Bank verlassen. Der Aufsichtsrat, dessen Gesamtvermögen er auf rund 8 Millionen schätzt, habe sich auf das Interventionskonto mit einer Zahlung von 1/2 Millionen verpflichtet und eventuell mit einer weiteren halben Million, zahlbar am 31. Dezember 1904. Verteidiger Justizrat Broda stellt fest, daß der Angeklagte Dr. Gentsch 85 000 Mark Leipziger Bankaktien besessen und ein Schuldenkonto bei der Leipziger Bank in Höhe von 400 000 Mark aus verschiedenen Interventionskonten gehabt habe, wodurch sein volles Vermögen erschöpft worden sei. Freytag, von Broda interpelliert, sagt über Gentsch aus, er sei ein hochanständiger, ehrenvoller Kollege gewesen und habe dem Anwaltsstande als guter Jurist Ehre gemacht. Doch fehle es ihm an einer besonderen Energie, er sei etwas weich; ein guter Rechtsanwalt brauche noch lange nicht ein guter Bankdirektor zu sein. Freytag schätzt den Verlust der Aufsichtsrats-Mitglieder in Trebergwerten auf eine ganz kolossale Summe, so habe Sachsenüber allein 800 000 M. in Leipziger Bankaktien und Trebergaktien besessen. Der Angeklagte Dodel sagt aus, daß er, abgesehen von seiner Beteiligung am Interventionskonto, einen Gesamtverlust von 1 930 000 M. in Leipziger Bankaktien und Trebergwerten erlitten habe. Angellagter Wörster habe 134 000 Mark Leipziger Bankaktien und die ihm verwandten Familien Wörster und Boldmar hätten 519 000 Mark Leipziger Bankaktien besessen, zusammen ein Nominalwert von 750 000 Mark, die aus einem Erbe erworben seien.

Es gelang ein Protokoll des Aufsichtsrates der Bank vom 11. März 1901 zur Verlesung. Es herrschte allerseits Einverständnis, daß an dem letzten Beschluß festzuhalten sei, damit das Kasseler Obligo vermindert würde. Immerhin wollte man dem drohenden Geldbedarf des Kasseler abhelfen und es befriedigen, sofern Deduktionen auch von Kassenständen gegeben würden. Die Ansicht, daß die Bank die Sistierung des Kredits an die Treberg-Gesellschaft wegen eignen Geldmangels unterlassen habe, weisen die Aufsichtsräte zurück.

Sociales.

Ein Kleinkindstift. Das Ergebnis der von dem Pfarrer Ulrich in Kolbenburg i. L. veranstalteten Krüppelzählung in der ganzen Provinz Schlesien, an der sich Magistrate und Kreisbehörden im Auftrage des Oberpräsidenten beteiligten, wird jetzt vom „West. Gen.-Anz.“ veröffentlicht. Es wurden 2404 Krüppelkinder unter 14 Jahren und zwar im Regierungsbezirk Breslau 900, im Regierungsbezirk Oppeln 929 und im Regierungsbezirk Posen 575 ermittelt. Verwundene Familien gehören 232 Kinder an, unbemittelten 3026. Hierin sind alle unehelich geborenen Krüppelkinder (10 Proz.) eingeschlossen. Nur 25 Proz. sind mit ihren Gebrechlichen geboren, während alle andern erst später an Krüppeln geworden sind. In 749 Fällen sind die Kinder noch von keiner hilfreichen Hand berührt worden, man hat sie, sei es aus Unverstand, sei es aus Mangel an Mitteln, hilflos ihrem traurigen Zustande überlassen.

Die Kooperativgenossenschaften in Belgien nehmen einen immer größeren Aufschwung, indem sie successive die Fabrikation fast aller Verlagsgegenstände selbst in die Hand nehmen. Am vergangenen Sonntag tagte in Charleroi eine Konferenz von Vertretern der socialistischen Kooperativgenossenschaften dieses Industriegebietes. Es wurde beschlossen, in jedem Monat einmal Börsen für die Kooperativ-Genossenschaften der Provinz abzuhalten. Das Komitee teilte mit, daß der Provinzialverband demnächst eine mechanische Weberei begründen werde, für die ein Absatz von zwei Millionen durch die Konsum-Genossenschaften gesichert sei. Ferner ist die Errichtung einer großen Kaffeebohnen- und Kaffeebohnen-Fabrikation in Aussicht genommen, welche sämtliche socialistischen Konsum-Genossenschaften mit Waren versehen kann. Neben den zahlreichen Webereien, Brauereien, Schneidewerkstätten, Schuhfabriken, Hutfabriken wird der Verband bald auch eine eigene Mühle und eine Seifenfabrik besitzen. So wachsen die Konsum-Genossenschaften, indem sie in immer größerem Maße zur Eigenproduktion übergehen, sich je länger je mehr zu wahren Kleinbetrieben aus.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende berichtete, daß seit Februar 9 Versammlungen stattgefunden haben; dieselben waren gut besucht und es zeigte sich für die verschiedenen Themen lebhaftes Interesse. Werthwürdigerweise sind stets die Generalversammlungen schlecht besucht, gerade hier hätten doch die Mitglieder Gelegenheit, ihre Wünsche zu äußern. Der Vorstand brauchte für seine Beratungen 6 Sitzungen. Die Kassiererin gab den Kassenbericht und es wurde derselben Decharge erteilt. Bei der geringen Personenzahl des Vorstandes war es nötig, für die Verwaltung der Bücher eine Bibliothekarin zu wählen und wurde für dieses Amt Fräulein Peterl gewählt.

Bei den Beratungen über die weitere Ausgestaltung des Vereins machte ein Mitglied den Vorschlag, neben den regelmäßigen Vereinsabenden noch einen Vortragsabend mit fortlaufendem Thema zu veranstalten. Derselbe sollte die sich dafür interessierenden Mitglieder in ein bestimmtes Gebiet einführen und besonders der Diskussion einen großen Spielraum gewähren. In den meist zahlreich besuchten Vereinsversammlungen schienen sich die Frauen vielfach in der Diskussion das Wort zu ergreifen; vielleicht würde es da in einem kleineren Kreise unter sachgemäßer Leitung möglich sein, die Mitglieder zu lebhafterem Diskutieren heranzubilden. Einzelne Mitglieder erklärten, dieser Vorschlag sei ihnen aus der Seele gesprochen, gerade einen derartigen Abend hielten sie für sehr wertvoll, andre hingegen meinten, es gäbe andre Gelegenheiten, wo die Frauen an der Diskussion teilnehmen könnten. Der Vorschlag wurde dem Vorstand zu weiterer Beratung überwiesen.

Die Vorsitzende stellte dann noch mit, daß am 20. Juli, Sonntagvormittag, ein Ausflug nach Ravensstein bei Friedrichshagen stattfinden soll. Abfahrt 9 Uhr vom Schiffschen Bahnhof. Am 8. September beginnt der Verein wieder mit seinen regelmäßig vierzehntägigen Vereinsabenden.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag in der Frankfurterstraße 117 eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über „Heimatpolitik“ sprach. Das Wort „Heimatpolitik“, daß Graf Wittow mit so großer Emphase in die Welt geschleudert hat, werde, so führt der Redner unter andern aus, sehr wahrscheinlich das Schlagwort bilden, mit dem bei dem bevorstehenden Wahllampf die bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie zu Felde ziehen. Dahinter verberge sich jedoch nur die alte Ausbeutungs-Politik und man habe dabei zunächst an das Bestreben nach Abperrung des heimischen Marktes zu denken, an den Zollwucher, der zum Massenelend führe müsse. Ferner werde man die Kolonialpolitik, deren ungeheure Kosten die Masse des Volkes zu tragen habe, damit in Verbindung bringen. Im Reich selbst aber werde die „Heimatpolitik“ sich wohl als die schärfste Reaktion kundgeben. Die Socialdemokratie vertrete demgegenüber eine Heimatpolitik, die Deutschland zu einem Reich der Freiheit und Gerechtigkeit mache. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Die Sinecature hielten am Montag eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, deren hauptsächlichster Verhandlungsgegenstand die Antwort der Unternehmer betreffs Anerkennung des Tarifs der sog. „Freien Vereinigung“ bildete. Vorausgeschickt ist, daß der Centralverband der Sinecature bei seiner letzten Lohnbewegung, wo es sich um Abschaffung des Accordsystems handelte, seinen direkten Erfolg zu erzielen vermochte. Es waren eine Anzahl Mitglieder abgesprungen, die das Accordsystem beibehalten wollten und hatten sich damals einer lokalen Organisation angeschlossen, die von den Arbeitgebern in hohem Maße protegirt wurde und den Namen „Freie Vereinigung Berliner Sinecaturegehilfen“ führt. Mit dieser Organisation vereinbarten die Unternehmer einen Accordtarif, dessen einzelne Bestimmungen im vorigen Jahre durch Abmachung vor dem Einigungsamt bis zum Mai 1903 festgesetzt sind. Von der Spitze des Centralverbandes war der so zu stande gekommene Tarif den Umständen entsprechend ebenfalls bis auf weiteres anerkannt worden. Nun wird aber schon seit geraumer Zeit von den Unternehmern darauf hingewirkt, die in dem Tarif festgelegten Accordhöhe nicht voll zur Auszahlung zu bringen, vielmehr wird ein großer Teil der Gehilfen bedeutend niedriger entlohnt. Dieser Umstand veranlaßte den Vorstand der hiesigen Verbandsspitze, ein Schreiben an die Unternehmerorganisation, die „Freie Vereinigung der Inhaber von Witthauer- und Studeckischen Werken und Umgegend“ zu richten, worin um fortrechte Durchführung der tarifmäßigen Lohn- und Accordhöhe und um unterschiedslose Behandlung der central- oder anderweitig organisierten Gehilfen erucht wird. Ferner wurde gewünscht, etwa hierdurch ausbrechende Differenzen gemeinschaftlich zu regeln. Die Antwort der Arbeitgeber hat zwar etwas lange auf sich warten lassen, lautete aber im allgemeinen halbwegs befriedigend. Es wurde jedoch von allen Rednern betont, daß der ganze jetzige Zustand in diesem Erwerbszweig ein für die Gehilfen unwürdiger ist und alles daran gesetzt werden müsse, um zum kommenden Frühjahr bessere Verhältnisse zu schaffen.

Der Verein der Bauaufschläger hielt am Sonntag seine ordentliche Generalversammlung ab. Vortragsgegenstand war der Kassenbericht. Demnach war im zweiten Vierteljahr eine Einnahme von 1537 M. und eine Ausgabe von 814 M. zu verzeichnen, der derzeitige Bestand beläuft sich auf 1904 M. Angeregt wurde die Ausdeutung eines neuen Lohnartikels. Beschluß hierüber soll jedoch in einer der nächsten Versammlungen gefaßt werden. Als Revisoren wurden Fendius, Loos und Hauswald gewählt.

Der socialdemokratische Verein Neuenhagen veranstaltete am 6. Juli eine Volksversammlung in Bruchmühle (Ragel's Gasthof). Reichstags-Abgeordneter Juchacz referierte. In 21stündigem Vortrage schilderte Redner die Verhandlungen der Zolltarif-Kommission, er geißelte das Verhalten der Junker, welche dem Kleinbauern sowie der arbeitenden Bevölkerung das Letzte, was sie noch besitzen, durch höhere Zölle verteuern wollten. Ein Diskussionsredner wies darauf hin, daß die Gemeinde sich immer noch nicht herbeigelassen hat, für Bruchmühle eine Schule zu bauen, obgleich das Bedürfnis vorhanden ist. Jetzt müssen die Kinder eine Stunde weit, bis ins nächste Dorf, zur Schule gehen. Diese Angelegenheit soll den zuständigen Instanzen unterbreitet werden.

Centralverband der Konditorenhilfen und verwandten Berufsgenossen. Donnerstag den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, große öffentliche Versammlung.

Barbier- und Friseurgehilfen. Öffentliche Versammlung Donnerstag, den 10. d. M., abends 10 Uhr, Dresdenstr. 45.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Böln, 9. Juli. (W. T. V.) Der „Adnischen Zeitung“ zufolge hat der Kultusminister dem Verein „Mädchen-Gymnasium“ in Adn auf dessen Eingabe vom 30. November durch Erlaß gestattet, daß der Verein zunächst versuchsweise einen sechsjährigen Lehrgang für Mädchen einrichtet, der zu den Zielen des Gymnasiums führt. Die Anstalt ist dem königl. Provinzial-Schulkollegium zu unterstellen und soll die Bezeichnung „Gymnasialkloster für Mädchen“ führen. Die aufzunehmenden Schülerinnen müssen die Reife für die Oberstufe einer höheren Mädchenschule nach dem Lehrplan vom 31. Mai 1894 nachweisen und beim Beginn des Schuljahres das 12. Lebensjahr vollendet haben.

Leipzig, 9. Juli. (W. T. V.) Im Laufe der Budgetdebatte kommt Reiter (Demokrat) auf die Vorgänge in Preußen zurück und bezeichnet eine hierauf bezügliche Kundgebung des Landtages als angemessen. Der Landmarschall fordert den Redner auf, bei der Sache zu bleiben und die Person des Deutschen Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. Unter dem Einfluß befindet sich eine Interpellation, welche fragt, weshalb die Bezirksbauhauptmannschaft in Preußen die Veranstaltung der Grunwald-Gedenkfeste verboten habe.

Frankfurt a. M., 9. Juli. (W. T. V.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet: Die Regierung habe erklärt, daß sie auf die Beratung der Wahlrechts-Vorlage in der ersten Ständekammer noch in der laufenden Tagung verzichte.

Stuttgart, 9. Juli. (Frankf. Ztg.) Die Abgeordnetenkammer nahm den Antrag auf Einführung einer fakultativen Gemeinde-Einkommensteuer an.

München, 9. Juli. (W. T. V.) Der Regierungspräsident von Oberbayern, v. Kuer, ist in den Ruhestand versetzt worden. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Staatsrat im Kultusministerium v. Schraut ernannt.

Dresden, 9. Juli. (W. T. V.) Wie die „Dresdener Zeitung“ meldet, führen heute nachmittags amweil des Rangierbahnhofs zwei Maschinen gegen den von Datzig einlaufenden Personenzug 549. Die drei Maschinen, ein Elwagen und der Padwagen sind stark beschädigt. Von einigen geringfügigen Kontusionen abgesehen, ist niemand verletzt. Die Reisenden wurden mit vollständiger Verhütung nach Königsberg weiterbefördert. Der Verkehr ist nicht unterbrochen.

Bologna, 9. Juli. (W. T. V.) In einem Kaufladen im Centrum der Stadt brach heute eine Feuerbrunst aus, die sich infolge einer Explosion von Petroleumfässern auf die Nachbarhäuser ausbreitete. Die ganze das Centrum der Stadt bildende Insel ist bedroht. Etwa 40 Personen wurden verletzt.

London, 9. Juli. (W. T. V.) Die letzten Meldungen von den Philippinen berichten, die Cholera sei niemals so stark aufgetreten als jetzt. Ueber 1000 Personen sollen täglich der Seuche zum Opfer fallen.

Prozeß Sanden und Genossen.

30. Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung sind die Vormittagsstunden fast ausschließlich den Erörterungen über den Wert des der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekendarlehen gehörig geworden.

Terrain bei der Danziger Straße

gewidmet. Es werden darüber Regierungsbaumeister Dörfeld, Direktor Conig, Direktor Voith, Ratshammermeister Kraus als Sachverständige und einige Vorzeigekäufer als Zeugen vernommen. Es handelt sich um die Werthschätzung des Terrains in der gegenwärtigen Zeit und im Jahre 1896. Bezüglich des ausweisenden gerichtlichen Sachverständigen Kraus, der von der Verteidigung zur Abgabe eines motivierten Sachverständigen-Ansatzes angefordert worden war, erwiderte sich zunächst Schwierigkeiten. Der Gerichtshof beschließt, den Antrag auf Vernehmung des Herrn Kraus als Sachverständigen abzulehnen, da der Gerichtshof das Recht habe, Zahl und Umfang der zu erstattenden Sachverständigen-Ansätze selbst zu begrenzen.

— Justizrat Dr. Sello erklärt sofort, daß er dann Herrn Kraus durch Gerichtsvollzieher laden werde, um dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, daß Herr Kraus vernommen werden müsse. Der Vorsitzende verliert, daß der Gerichtshof bei seinem Beschlusse verharre.

— N. A. Bernstein verwirft auf die Bestimmung des § 244 der Strafprozeß-Ordnung; danach sei es ihm zweifellos, daß der von der Königl. Staatsanwaltschaft geladene und über andere Punkte bereits gebotene gerichtliche Sachverständige Kraus auch ohne besondere neue Ladung vernommen werden müsse. Der Gerichtshof zieht sich nochmals zur Beratung zurück und beschließt: Da die Ausstellungen des Herrn Kraus in Gegenwart des Direktors Voith stattdessen müssen, soll Herr Kraus sofort vernommen werden.

Wie aus den Gutachten, die von den einzelnen Sachverständigen eingehend begründet werden, aber in Einzelheiten weit auseinandergehen, hervorgeht, handelt es sich um ein Terrain von 6775 Quadratrußen. Dasselbe hat bei der Aktiengesellschaft mit 5 100 000 M. zu Buche gestanden, die Anlage behauptet, daß der Wert des Terrains wirtlich und in unerläuter Weise von Jahr zu Jahr erhöht worden sei. Direktor Voith verleiht bei seiner mit 3 420 000 M. abschließenden Lage. Direktor Conig ist auf 4 182 000 M. gekommen. Regierungsbaumeister Dörfeld hat im Jahre 1900 eine Lage aufgenommen und hat den Wert pro Quadratruße für sofort bebaubares Terrain auf 1100 und für nicht sofort bebaubares auf 800 M. angenommen. Sachverständiger Kraus kommt zu einem Werte von 4 655 000 M. für das Jahr 1896. Ueber die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Schätzungen kommt es zwischen den Sachverständigen zu längeren Auseinandersetzungen.

Längere Auseinandersetzungen entstehen über die Werthschätzungen des Gutes Kleinholz und die Aufstellung der Bilanzen. Auf gelegentlichen Befragen des Staatsanwalts Weck erklärt Direktor Conig, daß nach seiner Ansicht ein guter Gewinn herauskommen dürfte. Er schätzt den Wert auf 11 Millionen Mark. Neu-Torney sieht nur mit 2,6 Millionen zu Buche, so daß sich ein budmäßiger Gewinn von 8 Millionen ergäbe, der von der Unterbilanz in Abzug zu bringen sein würde.

Rechtsanwalt Bernstein: Das Verlustkonto sei auf 27 Millionen Mark berechnet. Davon seien die erwähnten 5 Millionen abzuziehen, 21 Millionen resultieren aus dem Ertrag von Anhalt u. Wogner, den die Direktoren der Aktiengesellschaft nicht erwarten konnten und so bleibe nur eine Million übrig, die sich daraus ergebe, daß einzelne Objekte geringer bewertet worden seien.

Ueber das Geschäft, welches seiner Zeit mit den Heinrich Sandens nachlag-Grundstücken gemacht worden, wird auf Antrag des Staatsanwalts Weck noch der Zeuge Dr. Liebert, ehemaliger Direktor der Neuen Berliner Baugesellschaft vernommen. Er bekundet, daß er seiner Zeit der Ansicht gewesen, daß der Verkauf der 18 Grundstücke im Interesse der Bank geschehen sei; jetzt vermute er aber, daß es im Interesse der Bank geschehen habe, diese Transaktion zu wagen. Die damals ermittelten Werte der Häuser halte er nicht für falsch. — Angekl. Otto Sanden sucht die Vermutung des Dr. Liebert als ganz unzutreffend zu widerlegen.

Schließlich bekunden noch die gerichtlichen Bücherrevisoren Simon und Huschke eine Reihe von Feststellungen, die sie auf Erfordern des Staatsanwalts und der Verteidiger aus den Büchern gemacht haben.

Sodann wird die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr verlagert.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Protestversammlung, in der die Greuelthaten des Jariemus zur Besprechung gelangen sollen, wird am Donnerstagabend 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29, stattfinden. Das Defekate hat Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour. Angesichts der großen Aktualität dieser Frage und der fast täglich von neuem aus Anhalt eintreffenden Alarmmeldungen von den Schenklichtellen, die gegen die aufstrebende freiwirtschaftliche Volksbewegung durch die zarischen Schergen verübt werden, eruchen wir die Genossen und Genossinnen um besonderes Interesse für diese Protestkundgebung, welche die brüderliche Solidarität der Socialdemokratie Berlins mit den heldenmütigen russischen Freiheitskämpfern bezeugen soll.

Dritter Wahlfeld. Sonntag, den 13. Juli: Auszug des Wahlvereins nach „Ladbergs Wahlkloßchen“ an der Oberspree. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Der hiesige Wahlverein hält am Sonntagabend, 8 1/2 Uhr, seine Generalversammlung im Lokal von J. Franz, Grünauerstr. 5, ab.

Verh. Der Wahlverein hält am Freitag, den 11. Juli, in Hoffmanns Lokal, Werderstraße, Ecke der Chausseestraße, eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Berichte des Vorstandes, der Revisoren, der Gemeindevorsteher. Anträge, Verschiedenes und Fragen.

Außerdem werden die Parteigenossen auf das am Sonntag, den 13. Juli, in Bethges Lokal stattfindende Volksfest aufmerksam gemacht.

Rummelsburg. Die hiesigen Parteigenossen veranstalten nächsten Sonntag im „Café Bellevue“ ein Volksfest. Für die Veranstaltung ist ein reichhaltiges Programm vorgesehen. Da es das erste Mal ist, daß den hiesigen Genossen Sonntag ein großes Lokal zur Verfügung steht, so ist eine recht zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Lokales.

Aus dem Reiche der „Großen Berliner“. Auffällig erschien es, daß bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Schöneberg ein großer Teil der dortselbst wohnhaften Straßenbahn-Angestellten gegen den mit knapper Majorität gewählten socialdemokratischen Kandidaten Obst vollerteten und dem durchgefallenen Ordnungsmann, Bädermeister Polenz, ihre Stimme gaben. Dieses Rästel findet seine Lösung, wenn man den Blick auf eine Postkarte wirft, deren Inhalt folgendermaßen lautet:

Am Dienstag findet die Renewahl eines Stadtverordneten statt. Die erwarten von Dir, daß Du Deine Stimme unsrem Kandidaten, Herrn Bädermeister Polenz

gibst.

Wilmann, Bauer, Wufch, Schellberg, Japendorf.

Vergewaltigt man sich, daß die Unterzeichneten Angestellte der „Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ sind und gleichzeitig eine eifrige Tätigkeit in dem bekannten „Fischer-Verein“ entfalten, so scheint es, als sei hier ein gewisser sanfter Druck von Vereinswegen zu Gunsten des Herrn Polenz auf die Kollegen ausgeübt worden. Aus welcher Veranlassung die guten Leute jenen Herrn als ihren Kandidaten bezeichnen, kann uns gleichgültig sein; vielleicht hat sich der Mann unbesonnenweise bei dem großen Streit größere Verdienste um die bedrückten Straßenbahner erworben, als die Socialdemokraten. Interessant ist es aber immerhin, daß sich der „Fischer-Verein“ angeschlossen hat mit öffentlichen Angelegenheiten (wie Einwirkung auf Kommunalwahlen etc.) befaßt, was doch statutenmäßig nicht seine Aufgabe sein will. Es ist ja eine bekannte traurige Erscheinung in dem großen Kampfe des Proletariats: Leute, die sehr wohl die Erkenntnis von der moralischen Verwerflichkeit ihrer Handlungsweise haben, verleugnen absichtlich ihr Klassenbewußtsein, um sich bei ihren Vorgesetzten durch Liebedienerei angenehm zu machen. Inwiefern ein solches Wohlverhalten vor Entlassungen, Lohnsicherungen etc. schützt, zeigt sich recht deutlich wieder in den letzten Tagen. Da wurden auf Bahnhof 12 eine Anzahl Leute entlassen, die 20—30 Jahre im Dienste der Straßenbahn-Gesellschaft gestanden haben und noch lange nicht auf ihre Entlassung gerechnet hatten. Freilich wurde ihnen eine Abfindungssumme bis zu 1000 M. ausbezahlt, doch wird dieselbe längstens in einem Jahre verbraucht sein. Und was dann? Unter den Entlassenen befinden sich treue, lammfromme Mitglieder des „Fischer-Vereins“ und Leute, die sich bei dem großen Streit in auffälliger Weise lieb kund zu machen verstanden. Man sieht, die Aktionäre pfeifen auf derartige Liebedienste. Wenn sie aus einem Angestellten nicht mehr den erwünschten Profit ziehen können, so mag derselbe Fischer-Verein sein oder einen staats-erhaltenden Bädermeister wählen — er fliegt rücksichtslos aufs Pflaster.

Zum Milchrieg. Ueber die wahre Geschäftslage der Milchzentrale machte gestern Rechtsanwalt Dr. Platau auf Grund genauer Informationen von agrarischer Seite in einer Versammlung der Milchhändler folgende Mitteilungen: Alle Berichte über den günstigen Geschäftsgang der Milchzentrale seien falsch. Von ihren 450 000 Litern Milch habe die Centrale bis jetzt nur 190 000 Liter (die Lieferung an Volle mit eingerechnet) vergeben. Von den Läden hätten nicht mehr als sechs ihre Unkosten gedeckt, während die übrigen täglich erheblicher Zuschüsse bedürften. Verkauf habe die Centrale in Berlin nie mehr als 8000 Liter täglich. An statutenmäßiger Abgabe seien, bis zur letzten Erhöhung des Prozentfußes, nie über 750 M. täglich eingegangen, aus dem einfachen Grunde, weil alle durch die Molkereien verpackete Milch abgabefrei bleibe. Es sei den Genossen der Milchzentrale kein Geheimnis, daß die Vorstandsberichte tendenziös gefärbt seien und dem wirklichen Sachverhalte durchaus nicht entsprächen. Die Lage der Centrale lasse sich auf eine einfache Formel bringen. Sie zähle an ihre Mitglieder von einem Quantum von annähernd 200 000 Litern Milch 11 Pf. pro Liter und verwerte dieselbe Milch, nach Abzug ihrer Generalabkosten, für 7 Pf. pro Liter, was einen Schaden von 4 Pf. an jedem Liter nicht verpacketer Milch ergebe. Der tägliche Verlust von etwa 8000 M. verringere sich durch die statutenmäßige Abgabe von 2 Pf. pro Liter um die Hälfte. Die Unterbilanz ließe sich nur durch Verdoppelung der Abgaben decken, dann aber erhielten die Genossen einen solchen Spottpreis für ihre Milch, daß das Verfehlen des hiesigen Unternehmens für jeden klar zu Tage trete. Eine Wendung des Milchkrieges zu Gunsten der Milchzentrale sei ausgeschlossen, da angesichts des verzerrten Kontinums die ganze nicht verpackete Milch der Centrale in Berlin überhaupt nicht untergebracht werden könnte. Trotz alledem sei die Gefahr eines Milchmonopols, wie Dr. Platau ausdrücklich betonte, nicht vorüber. Es gehe das Gericht um, daß die Centrale Hauptquartier und Generalstab in die Meierei Bolte verlegen wolle und dann vielleicht in anderer Weise, möglicherweise auch unter anderer Führung, der Versuch gemacht würde, doch noch die Milchverpackung Berlins zu monopolisieren. — Die diesjährigen Pachivverhältnisse wurden vom Verbandsvorsitzenden Luich als recht günstige bezeichnet. Das günstige Wetter und der reichliche Futtermittelreichtum ließen für die Milchhändler das Beste hoffen. — Der Verband der Berliner Milchverwertungs-Genossenschaften ist am 7. d. Mts. ins Leben getreten. Er umfaßt die Genossenschaften Osten, Südosten, Friedrichstadt, Norden, Nordwest, Charlottenburg und Schöneberg.

Großes Aufsehen erregt in Sport- und Banquetkreisen der Konturs des Kaufmanns Paul Romel. Romel, ein Bruder des bekannten in Untersuchungshaft sitzenden ehemaligen Direktors der Pommerischen Hypothekendarlehen, früher Gutsbesitzer, hatte Mitte der Vierziger Jahre mehrere Cigarrengeschäfte hier eröffnet. Das Hauptgeschäft befand sich Schadowstraße, Ecke der Dorotheenstraße, zwei Filialen in der Chausseestraße, Ecke Böhlerstraße, und Augsburgerstraße. N. der Abstinenzler war und einen sehr einfachen Haushalt führte, war häufig Besucher der Memplage, da er neben seinen Cigarrengeschäften noch ein Sport- und Kommissionsbureau besaß. Wie angenommen wird, sollen Bestrebungen auf der Memplage viel zum Konkurs mit beigetragen haben. Zu beklagen ist die Familie des einen Angestellten, des Filialen-Vorstehers Wosoran. Dieser hatte in letzter Zeit seinem Chef mit mehreren Geldbeträgen ausgeholfen, ohne zu ahnen, daß an einem Konkurs zu denken sei. Als er nun endlich die traurige Lage seines Chefs erfuhr, er selbst hatte sich das Geld von Verwandten geliehen, verfiel er in Selbstmord und brach schließlich in Toben aus. Auf Anordnung des Arztes wurde er mittels Krankenwagens nach Dalldorf geschafft. Die Ärzte hoffen, ihn wieder herstellen zu können.

Das Opfer eines Bau-Unfalls ist nach vier Jahren der 58 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Siebert aus der Enklamerstr. 28 geworden. Siebert war ein Stein auf den Kopf gefallen, so daß er acht Wochen im Krankenhaus liegen mußte. Seitdem bezog er Unfallsrente und suchte sich durch Zeilerverteilen noch etwas dazu zu erwerben. Damit verdiente er aber in der letzten Zeit nur sehr wenig. Seine Frau, die Aufwarterstellen verlor, hatte auch nur wenig zu thun. Infolge seines Unfalls ohnehin verdrückt und niedergeschlagen, erhängte sich der Mann gestern morgen um 4 Uhr, als seine Frau noch schlief, an einem Fensterrahmen.

Ein eigenartiger Unfall, bei welchem ein achtjähriger Knabe erheblich verletzt wurde, ereignete sich am Dienstag vor dem Hause Lindenstr. 80. Dortselbst spielte der Kleine, ein Sohn der in dem genannten Hause wohnenden Wäscherin L., auf dem Bürgersteig. Er wurde einen vordereinstehenden Hund, als das Tier plötzlich auf den Knaben zusprang, ohne ihn jedoch zu beißen. Das Kind erschrocken, sprang zurück und fiel von der Bordsteilwand auf den Fahrdamm. Hier wurde es von einem vordereinstehenden Zweiradfahrer überfahren und innerlich erheblich verletzt.

Ein schwerer Zusammenstoß, bei welchem vier Personen verletzt wurden, fand Dienstagmorgens in der Holzmarktstraße statt. Als ein aus dem Motorwagen 1775 und dem offenen Anhängerwagen 2532 bestehender Straßenbahnzug der Linie Charlottenburg (Annsgerich) — Schlesischer Bahnhof die Kreuzung der Holzmarktstraße und Michaelstraße passierte, kam von der letzteren der leere Privatwagen Nr. 142 der Vereinigten Berliner Kraftwerke in schneller Fahrt heruntergefahren. Der Kutscher des Lastwagens verlor sich erst im letzten Moment, als es bereits zu spät war, die Pferde zurückzureißen, und fuhr direkt in den Anhängerwagen des Straßenbahnzuges hinein. Die Pferde stürzten und die Deichselstange drang durch den Wagon, dessen Mittelkänen nebst Sitzbänken zerschmettert wurden. Hierbei erlitten vier Personen erhebliche Verletzungen. Wie auf der Unfallstation am grünen Weg festgestellt wurde, haben alle vier Personen außer Hautabrisuren auch innere Verletzungen erlitten. Sie wurden ihren Wohnungen

zugeführt, während der fahrlässige Kutscher nach der Wache sifziert wurde.

Die amtliche Untersuchung über den schweren Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge auf dem Tempelhofer Felde hat folgendes ergeben: Einem Herrn, welcher den Motorwagen des ersten Zuges benutzte, war durch den Wind der Hut vom Kopfe gerissen und da der Betreffende absteigen wollte, ließ der Schaffner auf der einzigen Haltestelle auf dem Tempelhofer Felde halten. Da diese Haltestation jedoch außerordentlich selten benutzt wird, so gab der Fahrer des nachfolgenden Zuges, der einen Abstand von 70 Meter hielt — 50 Meter sind nur vorgeschrieben — auf den Vorzug wohl nicht Obacht und fuhr mit vollem Strom auf Kontakt 9 weiter. Der Zusammenstoß hätte wohl doch noch vermieden oder erheblich abgeschwächt werden können, jedoch hat der Fahrer allem Anschein nach die Geistesgegenwart verloren und veräußerte den rechtzeitigen Gebrauch der Gegenstrom-Bremse. Die Geleise waren trocken und die Bremsvorrichtung bei dem den Unfall verursachenden Zuge funktionierte, wie die in Gegenwart einer Kommission, welche auch als Kommissar der Königl. Eisenbahndirektor Herr Münch bewohnte, vorgenommenen Versuche ergaben, vorzüglich. Selbst bei Entfernung der Verbindungsschleife konnte ohne Anwendung der Handbremse auf den Anhängerwagen der Zug auf eine Entfernung von neun Meter zum Stehen gebracht werden.

Zur Beachtung bei Unglücksfällen. Um schädigenden Weiterungen bei Unglücksfällen vorzubeugen, weist das Kuratorium der Berliner Unfallstationen vom Roten Kreuz darauf hin, daß es jederzeit seine Krankenwagen unentgeltlich entsendet, aber auch dann, wenn der Transport in einer Drofschle erfolgt, im Unvermögensfalle gern die Kosten dafür bestreitet.

Der Königl. Botanische Garten (W., Potsdamerstr. 75) ist am Sonntag, den 13. Juli d. J., nachmittags von 2—7 Uhr für das Publikum geöffnet.

Gesperter wird die Friedrichstraße von der Rosmarinstraße bis zur Straße „Unter den Linden“ einschließlich des südlichen Kreuzdammes mit letzterer Straße behufs Umfahrführung vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter.

Der Kunstschule der Juweliere, Gold- und Silberschmiede zu Berlin, in der städtischen Schule Wohnstraße 41, ist von der Firma Wändert u. Veltes (Inhaber Robert Schmidt u. Wilhelm Petró zu Berlin) eine Preisstiftung in Höhe von 600 Mark überwiehen worden. Die Stiftung geht dahin, daß alle zwei Jahre die genannte Summe in verschiedenen Preisen an die besten Schüler, in Form von kupfernen und silbernen Medaillen, sowie entsprechenden Geldpreisen zur Verteilung gelangt. Gesellen, welche stellungsgelost sind und Reizung haben, sich im Nachzeichnen, Modellieren, Gießereien, Gravieren von Schriften, Monogrammen etc. anzubahnen, können sich zu jeder Zeit melden. Werkzeuge stellt die Schule.

Nähere Auskunft ist auf dem Bureau der Orts-Krankenkasse der Gold- und Silberarbeiter, Engel-Str. 15, zu erlangen.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag erfolgte Reinoldendorferstr. 1 in einer Klempnerwerkstatt ein Brand, der Vorräte an Holzlohlen und Holz einschloß. Von Weinbergweg 2 wurde ein Pfeiflohlenbrand gemeldet. In der Rautenfelstr. 40 hatte sich Benzin entzündet, doch wurde weiteres Unheil durch die Wehr verhindert. Kleider und Wäsche gingen am Rosenbühlstr. 4 in Flammen auf. Am Nordbahnhof war ein Pfeiflohlenbrand zu beklagen. Weiterbühlstr. 76 und Hellwegestr. 51 wurden Möbel und Gardinen durch Feuer beschädigt. Kellerbrände verursachten Alarmierungen nach Chausseestr. 28 und Dallbornerstr. 3. Außerdem wurde die Wehr auf geringfügigen Unfällen noch nach Greifswalderstr. 12, Raupachstr. 15 und Wischinerstraße 79 gerufen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Niddorf. Arbeitslosigkeit und Wohnungsorgen haben den Kaufmann Karl Rath, Kaiser Friedrichstr. 178 wohnhaft, in den Tod getrieben. Vor acht Tagen schied H. Fran und Kinder zu Verwandten nach Dedden, worauf er sich in seiner Wohnung erhängte. Erst gestern wurde man durch den aus der Wohnung dringenden Rauchgeruch auf den Selbstmord aufmerksam und fand nun die bereits stark verweste Leiche vor, welche von der Polizei beschlagnahmt wurde.

Das Paar, welches im Verdacht steht, die im Wiesengraben gefundene Kindesleiche an die Fundstelle gebracht zu haben, ist bereits festgenommen worden. Es sind dies ein Berliner Handelsmann und eine vielfach vorbestrafte unverheiratete Kleiner. Beide bestreiten die That. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Der Sportpark Friedenau, dessen Verlegung gemeldet wurde, bleibt uns erhalten. Wie mitgeteilt wird, ist der Pachtvertrag mit der Stadt Berlin vom Oktober dieses Jahres auf drei Jahre verlängert.

Grünau. Im Lager der bürgerlichen Parteien spielt sich gegenwärtig eine recht heftige Streitsache ab. Gemeindevorsteher v. List, ein recht eifriger Parteigänger, muß sich sehr bemüht haben, bei der letzten Gemeindevahl die Wahl des Herrn Paul Schmidt zu hindern. Dabei ist er wohl in seiner Disposition an die unrichtige Person gekommen, denn es erscheint jetzt nachträglich im „Teltower Kreisblatt“ die öffentliche Erklärung des Bahnhofsvorstehers Herrn Hingz, der behauptet, der Herr Gemeindevorsteher habe ihm persönlich erklärt, wenn Schmidt gewählt werde, würde er sein Amt niederlegen. Die Bekanntheit dieser Unterredung ist für Herrn v. List nicht sehr erfreulich und hat den Anschein, als ob ihm die Gegenpartei ein Bein stellen will. Die wohl von Herrn v. List nicht erwartete Voraussetzung ist nämlich eingetroffen: Herr Paul Schmidt wurde gewählt. Und nun heft es für den Herrn Gemeindevorsteher: Weht er?

Herr v. List hat sich anscheinend die Sache überlegt und berichtet läßt und unerschrocken im Kreisblatt, die von Herrn Hingz wiedergegebene Äußerung habe er nicht getan. Damit hatte aber der Konflikt noch keinen Abschluß erreicht, denn der Wegner des Herrn v. List bleibt soviel Einzelheiten der Unterredung bekannt, daß man wohl annehmen darf, die Weigerung ist gefallen. — Wird nun Herr v. List die Konsequenzen ziehen?

Neu-Bittan bei Erkner. Dienstagnachmittag gegen 4 Uhr ertranken hier beim Segeln auf der Spree drei Personen. Infolge des heftigen Sturmes schlug das vollbesetzte Boot um und trotz der angestrengtesten Rettungsarbeiten der mit der Neu-Orte beschäftigten Bootshörer ertranken die Frau des pensionierten Feuerwehmannes Wandlow, eine Mutter von sieben Kindern, sowie deren Schwester und eine Berliner Dame, welche erst am Montag die Sommerfrische bezogen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren leider ohne Erfolg.

Pantow. In der letzten Zeit sind von Seiten des Amtsvorstehers die geheimen Sitzungen der Gemeindevorstellung überaus zahlreich gewesen. Unsere Genossen protestierten in einer der letzten Sitzungen energisch gegen diese Geschäftsführung und fügten sich auf § 109 der Landgemeinde-Ordnung, welcher unter anderem bestimmt, daß für einzelne Gegenstände durch besonderen Beschluß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Diese Beschwerde scheint insofern einen Erfolg gezeitigt zu haben, daß nunmehr die letzte Sitzung öffentlich tagte und auch der gewohnheitsmäßige Schluß der Tagesordnung „Nächster gemeine Sitzung“ fehlte. — Endlich noch mehr als drei Monaten ist das Ortsstatut betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts von Seiten der Regierung genehmigt, es wird nun noch einen Bescheidenden und Stellvertreter gesucht. Der Amtsvorsteher hat es abgelehnt, dieses Ehrenamt zu bekleiden. Wir werden uns also in Geduld fassen müssen, vielleicht wird das Gericht am 1. Januar 1903

Ratt 1902 in Funktion treten. Ihre Genossen beantragten die Drucklegung des Urteils. Der Antrag wurde nach unweiliger Debatte angenommen.

Gerichts-Beitrag.

Arg zusammengegrumpft ist eine Anklage, die von der Staatsanwaltschaft gegen den Arbeiter-Turnverein zu Adlershof eingeleitet wurde. Siebzehn Mitglieder dieses Vereins standen am Mittwoch als Angeklagte vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II und hatten sich wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuchs (Verächtlichmachung von Gebrauchen und Einrichtungen der christlichen Kirche) sowie wegen Vergehens gegen die §§ 10 und 17 des preussischen Vereinsgesetzes (unzulässige Veranstaltung eines öffentlichen Umzugs) zu verantworten. Der Tatbestand ist folgender: Von dem Verein wurde am Vortage vorigen Jahres eine sogenannte Heringspartie von Adlershof nach Wildau unternommen. Am den Ausflug recht humorvoll zu gestalten, hatten einige Mitglieder verschiedene ulkig sein sollende „Embleme“ mitgebracht, so u. a. eine hölzerne Art, die als Spazierstock diente, Schirme und Stöcke, an denen Bellartoffeln befestigt waren, eine rotgefärbte „Morgenhaube“, die einer der Teilnehmer als Kopfbedeckung benutzte, usw. Das Hauptausstattungsstück, welches im Gerichtssaal gleichzeitig als schwerbelastendes Corpus delicti figurirte, bestand aus einem ziemlich langen Stod, an dem vier lateinische F in Form des bekannten Turnkreuzes (Fisch, Ferkel, Frosch, Fromm) aus — jetzt allerdings fast zusammengetrockneten — Bellartoffeln angebracht waren. Oberhalb dieses Kartoffelkreuzes hatten an mehreren querliegenden Holzstäben diverse Heringe gebummelt. Ganz oben an dem Stod prangte ein Schild mit der Aufschrift: „Die trauernden Hinterbliebenen von Adlershof“. Einer der Angeklagten, der mit einem weissen Turnanzug und roter Schärpe bekleidet war, hatte das eigenartige Illudium seinen Kollegen vorangetragen, und so war die fidele Gesellschaft auch schon singend und scherzend bis nach Eichwalde gekommen, als das Geschick sie in der Gestalt des dortigen Gendarmen Schulz ereilte. Dieser notierte acht Mann des lustigen Häufleins, worauf die Anklage erhoben wurde.

Den Angeklagten wird jetzt als Hauptbeschuldigung zur Last gelegt, eine katholische Prozession nachgeahmt zu haben, indem sie singend hinter dem Bellartoffel-Kreuz hergegangen seien, dessen Träger überdies noch ein Heub oder Jode angehängt habe, die mit einem katholischen Chorrod verglichen werden konnte. Durch das „Kreuz“ so wohl wie auch durch den „Chorrod“ habe die katholische Kirche verhöhnt werden sollen. Diese „Prozession“ stehe möglicherweise auch im Zusammenhang mit einer gleichfalls beabsichtigten Verhöhnung des kürzlich verstorbenen Amtsvorstehers v. Oppen in Adlershof, dessen Geburtstag am den Vortage gefallen sei. Weil nun Herr v. Oppen mit der Arbeiterschaft von Adlershof auf sehr gespanntem Fuß gelebt habe, so könne angenommen werden, daß die Aufschrift des erwähnten Schildes auf den toten Amtsvorsteher gemünzt gewesen sei.

Die Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Victor Fränkl verteidigt werden, bestreiten entschieden jegliche Schuld. Die Heringspartie sei eine humoristische Veranstaltung, wie sie alljährlich von verschiedenen Turnvereinen unternommen werde. Bei der Herstellung des „Kreuzes“ habe niemand auch nur im entferntesten an die Verhöhnung kirchlicher Einrichtungen gedacht; der Angewandte lehre ja auch, daß die verbotenen Kartoffeln noch jetzt die durch 4 deutlich erkennbare F zusammengesetzte Form des Turnkreuzes bilden. Der angebliche Chorrod sei weiter nichts als eine ganz gewöhnliche kurze Turnstange gewesen, und die Aufschrift des Schildes habe sich auf diejenigen Kollegen beziehen sollen, die ihre Teilnahme an dem Ausflug zuerst zugesagt hätten, dann aber nicht erschienen waren. Weil von den ca. 60 gemeldeten Turnern nur etwa 30 mitgingen, deshalb habe man dies Häuflein als die „trauernden Hinterbliebenen“ bezeichnet. Mit dem Amtsvorsteher v. Oppen habe die Partie um so weniger zu thun gehabt, als dieser dem Turnverein sogar einmal einen öffentlichen Umzug durch Adlershof erlaubt habe, mithin läge für die Turner gar kein Grund vor, dem verstorbenen Herrn jetzt noch gram zu sein. Auch sei der Ausmarsch kein geschlossener gewesen, sondern die Teilnehmer hätten sich in zwanglosen Gruppen auf dem Bürgersteige als auch im Freien fortbewegt.

Es waren 16 Zeugen geladen. Gendarm Reschke sagt aus, er habe nur nachträglich feststellen gehabt, wer an der Heringspartie teilgenommen hat; selbst gesehen habe er von dem Aufzuge nichts. Doch sei er mit seinem Kollegen Schulz der Meinung, daß es sich hier um eine Demonstration gehandelt habe, um in erster Linie den Amtsvorsteher v. Oppen zu verhöhnen, weil derselbe mit den Arbeitervereinen häufig in Konflikt geraten sei. Er selbst habe mehrfach Versammlungen aufzulösen müssen, in denen häufig auf Herrn v. Oppen geschimpft sei. Der Turnverein erweise sich keines guten Aufes, doch lasse er sich nur wenig in die Karten gucken. — Neben Schulz äußern sich der Gendarm Schulz und mehrere amtliche Zeugen. Die vernommenen Entlastungszeugen haben die ganze Sache als einen mehr oder weniger zweifelhaften III betrachtet.

Nach vollendeter Beweisaufnahme ließ der Staatsanwalt selbst die Anklage wegen des Religionsdelikts fallen, doch beantragte er wegen des unerlaubten Aufzugs für jeden Angeklagten 15 M. Geldstrafe. Der Präsident, Landgerichtsdirektor Meinde, machte jetzt darauf aufmerksam, daß auch eine Verurteilung wegen Verübung groben Unfugs erfolgen könne. Rechtsanwalt Victor Fränkl nahm in seiner Verteidigungsrede hierauf Bezug. Er wies nach, daß von der Anklage wegen Religionsvergehens nichts übrig geblieben sei, charakterisierte die ganze Veranstaltung als einen mißratenen Scherz, bei dem die Angeklagten keinerlei fidele Absichten gehegt haben, und bezweifelte, daß die Beweisaufnahme Anhaltspunkte für Merkmale des groben Unfugs oder Vergehens gegen das Vereinsgesetz ergeben habe. Er beantragte Freisprechung resp. eine geringe Geldstrafe. Auch gibt er dem Gerichtshof anheim, eine Entscheidung der baren Auslagen der Angeklagten in Erwägung zu ziehen.

Das Urteil lautet wegen des Religionsvergehens auf Freisprechung. Wegen groben Unfugs und Vergehens gegen das Vereinsgesetz wurden vier Angeklagte zu je 30 M. und wegen des letzteren Delikts elf Angeklagte zu je 12 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei der Beschuldigten wurden freigesprochen. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet.

Interessieren dürfte noch, daß vier der Angeklagten einen Beleidigungsprozeß gegen die „Staatsbürger Zeitung“ angestrengt haben, der mit dieser Sache eng zusammenhängt und demnächst zur Verhandlung kommt.

Vermischtes.

Eine Doppelhinführung ist Montag früh 6 Uhr auf dem Gefängnis des Landgerichts zu Gütrow i. M. durch den Schwiegerohn des Scharfrichters Meindel in Magdeburg vollzogen worden. Es handelt sich hierbei um die seiner Zeit vom Schwurgericht Gütrow zum Tode verurteilten beiden Raubmörder Arbeiter Wilhelm Auge und Gärtner Franz Jdzel, welche, wie noch erinnerlich sein dürfte, Ende November v. J. den 67-jährigen Wälder Mann in Hagenowverheide in seiner Wohnung ermordet und beraubt und dessen alte Ehefrau schwer mißhandelt haben. Die letztere konnte nur durch schelmische Flucht ihr Leben retten. Ein von den Verurteilten an den Großherzog von Mecklenburg-Schwern gerichtetes Guadengesuch ist dieser Tage abschlägig beschieden worden.

Ein empfindliches Verbrechen ist, wie wir dem „Petersb. Herald“ entnehmen, in der Aufzählung bei der Station Tschorezaja an der Blabinskaja-Bahn begangen worden. Am 14. Mai hatte ein Untersuchungsrichter — der Name wird leider nicht genannt — auf der Fahrt einem hübschen achtzehnjährigen Mädchen Namens

Solotow unstillige Anträge gemacht und sich dann für die ihm zu teil gewordene einseitige Abweisung in schändlicher Weise gerächt. Kurz vor der Ankunft auf der Station Tschorezaja legte der Untersuchungsrichter einen Teil seiner Sachen in den Handbeutel des Mädchens, ohne daß diese es merkte, und bei der Ankunft auf der Station beschuldigte er das junge Mädchen des Diebstahls und beschloß, es zu verhaften. Diese mündliche Anordnung genügte, um die junge Dame, ungeachtet ihrer Tränen und sie rechtsetzenden Erklärungen, zu verhaften und sie in dem Gendarmen-Gemmer der Station zu internieren. Hier vollführte der Untersuchungsrichter dann seine verbrecherische Absicht und gab dann das junge Mädchen den Unterbeamten und Kosaken preis, wobei noch ein schändlicher Handel getrieben wurde. Am 19. Mai nahm das arme Mädchen Gift und nun war die Sache nicht mehr zu verheimlichen. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten und Depots bei der Station, in einer Anzahl von mehr als 2000 Mann, erschienen bei der Beerdigung auf dem Kirchhof und eröffneten den dort anwesenden Vertretern der Administrationsbehörden die Forderung, man möge ihnen, den Arbeitern, sämtliche Teilnehmer an der schrecklichen und grausamen Vergewaltigung des armen Opfers ausliefern, wobei sie sagten, sie wollten diese in Stücke zerreißen und zusammen mit ihrem unschuldigen Opfer beerdigen. Der Untersuchungsrichter und die anderen schuldigen Beamten waren aber schon geflohen, und es ist abzuwarten, ob bei der Untersuchung etwas herauskommen wird.

Eine Gesundheits-Anstalt in Stettin ist dieser Tage aufgehoben worden. Seit Jahresfrist „wirkte“ dort im Hause Deutsche-straße 13 ein Prediger Peters. Der Barmherzigen aus ärztlichen Kreisen ungeachtet hatte Peters einen großen Zulauf aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung, und auch aus der Umgegend, so selbst aus weiter Entfernung kamen Kranke, um sich von Peters und seinen Gehilfen und Gehilfinnen „gesund“ beten zu lassen. Ob die Leute nun mit inneren Krankheiten oder äußeren behaftet waren — Nervenkranke wie Hautkranke, Epileptiker wie Augenkranke oder Abnormitäten versprach der Wundermann Heilung binnen wenigen Tagen. Honorare wurden nicht beansprucht, freilich freiwillige Spenden von häufig recht hohem Werte durcheinand nicht zurückgewiesen. Die Kranken aller Art speisten in einem gemeinsamen Saale, und gemeinsam wurde auch gebetet. Wenn ihnen Prediger Peters nach Tagen oder Wochen oder auch Monaten dann versicherte: „Sie sind jetzt gesund“, so waren sie häufig selbst davon überzeugt und trugen das Wunder ihrer „Heilung“ in alle Welt. Die Polizei beobachtete das Treiben in der Petersischen Heilanstalt längere Zeit hindurch, bis sie jetzt die Schließung verfügen konnte.

Cholera-Erkrankungen. Aus Peking wird gemeldet: Die Cholera greift unter den Chinesen mit solcher Schnelligkeit um sich, daß eine Schätzung über die Ausbreitung der Seuche unmöglich ist. Täglich werden ungefähr 100 Choleralichen durch 2 oder 3 Thore an der Ostseite der Stadt weggewischt. In Tientsin hat die Cholera nachgelassen. In Manila breitet sich die Cholera allmählich weiter aus. Am Sonntag waren 50 Todesfälle zu verzeichnen. Die Behörden beschließen sich mit einem Plan zur Sanierung der Stadt Manila. Die schmutzigen Stadviertel sollen niedrigergerissen und 40 000 Eingeborene in gesunden Lagern in den Vorstädten untergebracht werden.

Vereinskalender.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Alexandrinerstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5^{1/2} bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Vie- und Distriktsklubs. Donnerstag: Veis- und Distriktsklub „Südost“, Tolkdorf, Grünerstr. 88. — Veis- und Distriktsklub „Nordwest“, Brunwald, Alt-Roadt 46.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Julius Meyer, Pöcherstr. 27. 1. Kassierer: Seitzel, Fiedrichstr. 16. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Frd. Kottum, Lauchstr. 23. **Donnerstag.** Abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Wälderchor, St. Urban, Vindemann, Krennerstr. 9. — „Vorwärts II“, Krennerstr. 1. — „Gesangverein Berliner Rüstler“, Feind, Weinstraße 11. — „Einigkeit I“, Gr. Wälderfeld, Fagel, Gausstr. 104. — „Morgenrot IV“, Köpenick, Stippelohr, Schönerlindestr. 5. — „Fröhlich“, Rummelsburg, Schiller, Rosenthalstr. 7. — „Einigkeit“, Schönerlinde, Berlinstr. 65. — „Wach auf II“, (Alt-) Wesslin bei Hennigsdorf, bei der Hagenstr. 69. — „Deutsche Eiche II“, Brandenburg a. H., Waidenow, Weidowstraße. — „Freiheit IV“, Bernau, Chlum, Süßenteichstr. — „Vorelev“, Schumann, Pöcherstr. 32a. — „Kornblume“, Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — „Sorgenfrei“, Albrecht, Admiralsstraße 18a. — „Wolgengrauer“ (Bäder), Hempel, Rosenhaldenstr. 11/12 (nachmittags 4—6 Uhr). — „Nüßelpolzer“, Wolf, Prucheit, 36a. — „Oranienburger Vorpost“, Fritz Siegel, Brunnenstraße 41. — „Steinleise“, Wälderstr. 11. — „Dornung III“, Fiedrichsdorf, Wälder, Fiedrich, Karlsruherstr. 34. — „Felsenburg“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Kühli“, Friedenau, Gräbe, Stubenrauchstraße und Käfer-Allee 64c. — „Freiheit West“, Gohmann, Kreuzbergstr. 48. — „Sangeslust I“, Drahtmeisterstr. 1c. — Verein Wilhelmshagen-Göden-Schönerlinde, Göden-Schönerlinde, Krause, Berlinstr. 12. — „Maurer-Gesangverein“, Wilmersdorf, Witte, Berlinstr. 40. — „Männer-Chor Ost-Ort I“, Stephan, Wienerstr. 31. — „Lura“, Charlottenburg, Bartisch, Seelenheimstr. 11. — „Niedertranz“, Brandenburg a. H., Wengert's Polkstätten, Bergstraße. — „Ges.-Abt. des Arb.-Bild.-Vereins“ in Pflzen, Gummow, Wilhelmstr. 19. — „Zukunft III“, Nieder-Schönerlinde, Seifenstr. 21. — „Frohe Stunde“, Klein, Kautznerstr. 8. — „Freie Liedertafel“, Köpenick, Neue Köpenickerstr. 26. — „Alpenrose“, Kump, Pöcherstr. 36. — „Erd-Ort II“, Ditt, Brangestr. 86. — „Einigkeit III“, Wannsee, Krüger, Fiedrichsdorf. — „Eiche II“, Liebig, Weidenweg 23. — „Gesang“, des Verbandes deutscher Gastwirtschaften, Mördel, Müdenstraße 36 (3—5 Uhr). — „Kreuz II“, Rummelsburg, Schumann, Neue Prinz Albrechtsstr. 70 (6—8 Uhr). — „Hummelstich“, Eudamwalde, Gerhard, Haag. — „Liedertafel II“, Meindt, Hartmann, Güttenstr. 8. — „Männerchor der Schneider Berlin“, Wälderstr. 83. — „Melodia II“, Franz, Tunderstr. 8. — „Unverzogen“, Bachstein, Schönerlindestr. 16. — „Waldkapelle“, Vadenitz, Kommandantenstr. 65. — „Kriegelöcher II“, Köpenick, Wäldermeisterstr. 39. — „Waldarbeiter“, Köpenick, Feidler, Wäldermeisterstraße. — „Nordwest“, Wälderstr. 11. — „Friede und Lust“, Wälder, Wälderstr. 17. — „Liedertafel I“, Fiedrichsdorf, Salosthede. — „Sangeslust“, Werder, Schwarzer Adler, Fiedrichsdorf. — „Tredbin“, Tredbin, Wolf, Bahnhofsstraße. **Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend.** Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Viethe, Vintzenstr. 44. **Donnerstag:** „Wald und Wälder“, Weidenstr. 30, Straßburgerstraße 64. — „Kamerun“, Oberstr. 2. — „Wälder I“, Neu-Weidensee, Streckerstr. 3. — „Neue Brüder“, Rixdorf, Rixdorfstr. 29. — „Virginia“, Scharleber, Admiralsstraße 21. — „Alter Pöcher“, Matthes, Bernauerstr. 120. — „Eiserne Pflanze“, Vogan, Schulstr. 113. — „Du schick es nicht“, Schmidt, Tilitzerstr. 32. — „Friedenslied“, Adam, Kulestr. 5. — „Waldlied“, Jughold, Pöcherstr. 138. — „Colorado“, Kitzing, Heilmannsdorfstr. 56. — „Fidelio“, Bartel, Manteuffelstraße 127. — „Einigkeit II“, Wälder, Güttenstr. 67. — „Apfelblüte“, Wälderstr. 29a. — „Freie Stunde“, Schulz, Manteuffelstr. 49. — „Kriegelöcher“, Weidowstr. 11. — „Korea“, Wälder, Wälderstr. 29. — „Wald“, Krebs, Pöcherstr. 21. — „Excellor“, Infantis, Reichensbergerstr. 133. — „Kote Reiter“, Neu-Weidensee, Kömow, Sebanstr. 34. — „Grüne Quaste“, Kof, Rixdorf, Jägerstr. 46. — „Neu-Lichtenberg“, Lichtenberg, Margaretenstr. 20. — „Freies Licht“, Wälder, Rixdorfstr. 16. — „Friedenslied“, Gustav Adolfsstr. 155. — „Oberpöcher“, Ober-Schönerlinde, Wilhelmshagenstr. 18. — „Verabredung“, Heimbürgerstr. 47. **Gesang-, Turn- und gefellige Vereine.** **Donnerstag.** Sportverein „Einigkeit“, Kaulen-Lier 32. — Weisenker Fußballklub, Donnerstag nach dem 1. und 15. Parfir. 10. — „Statistik“, Rannensloß, Strand, Adalbertstr. 65. **Berliner Ruderverein „Vorwärts“.** Sitzung 9 Uhr abends im Bootshaus, Stralau, Tunnellstr. 17. **Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“, Jülich, Remmarts 5.** Bereinsführung alle 14 Tage je Donnerstag abends 8^{1/2} Uhr. **Wagnere Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses.** **Donnerstag:** Metallarbeiter. **Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“.** Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Aufschriften und Anzeigen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin 303, Waldstr. 8. **Donnerstag:** Arb.-Radt. Verein „Berlin“, nach dem 1. und 15. Rixdorfstr. 26, und Naabe, Kolbergerstr. 23. — „Stern II“, nach dem 1. und 15. Seimenmünderstr. 56. — „Fahrt nach I“, Wälderstr. 22. — „Vogel“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Gausstr. 5. — „Freie Wege“, Schönerlinde, Wälderstr. 21. — „Kamer“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Rixdorf, Steinmeyerstr. 103. — „Jiel“, jeden 2. und 4. Donnerstag, Adalbertstr. 1.

Central-Raucherbund. Aufschriften sind an Kleist, Rixdorf, Gullus, Straße 26, zu richten. **Donnerstag:** „Blaue Wolke“, Rixdorf, Jägerstr. 4. — „Waldkapelle“, Rixdorf, Köpferstr. 41. — „Alte Eiche“, Berlin, Gausstraße 34. — „Waldlied“, Steglitz, Döppelstraße 7. — „Brennende Liebe“, Rixdorf, Berlinerstr. 100. — „Süße Liebe“, Rixdorf, Rannebergstr. 8. **Arbeiter-Schwimmerbund.** Aufzügen sind zu richten an H. Datziger, Burgdorferstr. 14. **Donnerstagabend 7^{1/2} Uhr:** „Vorwärts“, Panziger, Stralauer Chaussee.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. Juli 1902. **Wetter:** Mittl. zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden. **Berliner Wetterbureau.**

Centralverband der Töpfer. **Codes-Anzeige.** Am Montag, den 7. Juli verlor nach schweren Leiden unser Mitglied

Christian Huppe. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofes aus statt. **1902** **Der Vorstand.**

Wo? Wie? Was? Wo ist jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend großer Ball? Wo herrscht die größte Gemütlichkeit? Wo ist der schönste Damenchor? Wo finden wir die Grati-Berlosung? Wo ist die schwebigste Tanzmusik? Wo kostet das Töpferchen 15 Pf.? Und wo ist für Herren und Damen Entree und Tanz frei? **45779*** Nur im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27c, bei Hoffmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. **Codes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stempner

Christian Christensen am 7. d. Mts. an der Proletarierkrankheit gestorben ist. **1177** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (am Mariendorfer Weg) aus statt. **Hohe Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.**

Hühneraugen u. Hornhaut entfernt mit Garant, schnell u. schmerzlos, m. d. Wurzel mein berühmt. **Kein Rad.** **Hühneraugentod!** wachst mehr. **Do! 75 Pf. franco 1,00 M. nur bei Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.**

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend. **Sonntag, den 13. Juli in Eberswalde:**

Provinzial-Sänger-Fest.

Folgende Chorlieder kommen zum Vortrag: **Festgesang** Uthmann. **Frühlingsstürme** Schalken. **Empor zum Licht** Uthmann. **Liedeslust** Suchsdorf. **Freiheit Sieg** Suchsdorf. **Marschallise** Audorf.

Die Sonderzüge der Stettiner Bahn betreffend Eberswalde siehe Fahrplan resp. Säulen-Anschlag. 16/14

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonnabend, den 19. Juli 1902 in den Gesamträumen u. Garten des Böhmischen Brauhauses **Landsberger Allee 11—13**

Feier des 25jährigen Bestehens

verbunden mit **Konzert und großem Sommernachtsball** sowie **Feier des 50jährigen Gefellen-Jubiläums** unserer beiden Mitglieder **Ernst Freytag** und **Wilhelm Unbehauen** wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins einladen, recht zahlreich an diesem Feste teilzunehmen. Eintrittskarten hierzu sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-Mitgliedern zu haben: **Kiebb**, Postenstr. 22, I. Stf. II; **Liedertau**, Neue Köpenickerstr. 18; **Girke**, Waldemarstr. 52, Stf. I; **Petersmann**, Reinickendorferstr. 65, IV; **Jahn**, Weidowstr. 15, Oberstr. III; **Sagenstein**, Scharleberstr. 21, Stf. III; **Road**, Prucheitstr. 32, Oberstr. II; **Sagons**, Eberswalderstr. 16, r. Stf. II; **Jimm**, Schreinerstr. 50, 2. Aufg. IV. Außerdem bei den Mitgliedern **Herrn Babelow**, Vangerstraße 13 im Restaurant, und **Brunzel**, Wilmersdorferstr. 61, Stf. III. **Abendessen findet nicht statt.** Anfang des Konzerts 8 Uhr. **Das Komitee.** **J. A.: August Kiebb**, Postenstr. 22.

250/11 **Rummelsburg! Café Bellevue. Rummelsburg!**

Großes Volksfest

arrangiert von den **Parteigenossen Rummelsburgs** **Sonntag, den 13. Juli.**

Großes Garten-Konzert

ausgeführt von **Cliff-Veranstaltungen.** **Gesangsvorträge von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes.** **Turnerische Auführungen** u. Mitglieder des Fr. Turnerschaft. **Humoristische Vorträge.** In beiden Sälen: **BALL.** **Herrn**, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Kaffeeküche ist von 2—6 Uhr geöffnet. Anfang nachmittags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreiche Beteiligung zu wirken.

Hasenhalde **Neue Welt** Arnold Scholz. 108-114 **Heute, Donnerstag, den 10. Juli 1902**

Elite - Monstre - Feuerwerk.

Zum Schluss: **Ein Feuerwerk aus der Zeit des Kaisers Titus** in der Arena zu Verona.

Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der Regiments-Kapelle des 4. Garde-Regiments zu Fuß unter persönlicher Leitung des kgl. Musik-Dirigenten **Herrn Franz A. Bortger.** **Im Bal champêtre: Grosser Sommernachtsball.** Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Billets im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 10. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroß). The Silver Slipper (Der silberne Pantoffel). Anfang 7 1/2 Uhr.
 Im Wiederpielhaus: Offenbach-Opern. Die Savoyarden. Der Regimentsjäger. — Brüder und Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper). Ein Maskenball. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Tolle Mitbürger. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Der Dämon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zerrissene. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Puffstrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Steintiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternwarte.
Jubalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater.

Heute den 10. Juli, Anfang 8 Uhr. Zum 108. Male: **Coralie & Cie.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Täglich: **Der Dämon.**

Der Dämon.

Schauspiel in 7 Bildern. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.** Ein Maskenball. (Amelia.) Freitag: Vorletztes Gastspiel **Franceschina Prevosti.** Carmen. Sonnabend: Die verkaufte Braut. Sonntag: Letztes Gastspiel **Franceschina Prevosti.**

Apollo-Theater

und **Konzert-Garten.** Um 9 Uhr: **Lysistrata**

Lysistrata

Ausstattungsoperette von Paul Lincke. Im 2. Akt: Das berühmte Luftballon „Grigolatis“. Um 8 Uhr: **Neue grossartige Spezialitäten.** Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.

Prater-Theater

Kasselerstr. 7-9. Täglich: **Lachend und eine Nacht.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: **Hoffmanns Norddeutsche Säger**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.

Der Diamanten-Raub.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Carl Braun.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.

Ein vernünftiger Wahltag.

Ein vernünftiger Wahltag.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Die deutsche Ostseeküste.**

Die deutsche Ostseeküste.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr nachmittags: **Militär-Doppel-Konzert.** — Sonnabend und Donnerstag: 3 Kapellen. Entree 1 Mark. von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165. Neu! **Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.** Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Passage-Theater.

Das glänzende Juli-Programm. **Willy Prager.** (Prolongiert!) 16 neue erstkl. Nummern.

Passage-Panoptikum.

Moles Pariser **Marionetten-Theater.** Das Affenweib. Seejungfer Tigerkabe.

Wintergarten.

Im äusserst amüsant Juli-Programm: **Otto Reutter.** „Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und 16 andre brillante Spezialitäten.

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen 4294L* Täglich: Das erstklassige Spezialitäten- und Theater-Programm. Grösster Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager! **Berlin wie's lebt und liebt** Entree 20 Pf. Sonntags: Ball.

W. Noacks Theater.

Vennstrasse 16. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. **Rosen und Dornen.** Burleske mit Gesang u. Tanz in 2 Akten. Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße Nr. 58. Täglich: Das groharartige künstlerische Juli-Programm. — Clara Antoni vom Apollo-Theater. Molly Verch, der lustige Kolbold Schmidt Hawkins, der drohliche Kammer der Gegenwart. Willy Agoston, das verrückte Genie in Berlin auf Stelzen. Anfang 4 Uhr Entree 30 Pfennig. Vorstellungsfarten haben Gültigkeit. Kaffeeküche. Im Saal: Ball.

Frühels Allerlei Theater

früher Puhlmann Schönhauser Allee No. 148. — Das große Juli-Programm. — **Gr. Konzert, Theater, Spezialitäten und BALL.** Um 7 Uhr das Volkslied: **Der Diamanten-Raub.** Um 10 Uhr: Nielen-Erfolg. Der einzig bestehende **Carl Braun.**

Carl Braun.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Carl Braun.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Carl Braun.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Carl Braun.

Um 10 1/2 Uhr der unterwältische Hugo Schulz. Um 10 1/2 Uhr: Vulkanos Teufels-Pantomime. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Belle-Alliance-Theater.

Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Bei ungünstiger Witterung im Theater: **„Die Dame aus Trouville“.** Hierauf: „Gr.“ Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Sock. **Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung** Jeden 1. und 15. d. Monats. Wechselndes Programm! Donnerstag: **Elite-Tag.**

Schweizer Garten

Am Königsthor 4202Q* Am Friedrichshain Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz. Jeden Abend 10 Uhr: **Gente von heute.** Große Halle mit Gesang und Tanz.

Alle Wanzen

Sterben sofort nach Brand durch meinen **Wanzenodol**, in P. 0,50, 1 M. — Schwaben, Kufen, Franzosen etc. werden durch mein Wanzenodol vollständig vernichtet. Schil. 0,30, 0,50, 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. (4568U*) **1000 Mark Belohnung** zahle ich demjenigen, der mir einen Nickerling nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 18, Ecke Veteranenstraße.

Tessnows Volksgarten, Hafensfelde, direkt nebenan liegt.

Da mein Vokal das einzige ist, welches der werthen Arbeiterschaft frei steht, bitte mir ihr Wohlwollen zu teil werden zu lassen. Hochachtungsvoll **Max Tessnow, Volksgarten, Hafensfelde bei Spandau.**

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle, Reste, Mocquetts, Plüsch, Sattelstaschen.** Muster bei näherer Angabe franco. **Emil Lefevre, Berlin, Oranienstr. 158**

Eigene Confection. Elegante Costümröcke

enorm billig in Tuch, Sammgarn und Gehviol. **3 M., 5 M., 6 M., 10 M., 15 M., Alpaca 4,50 M., 6 M., weiss Cheviot und Piqué 3, 5, 7-15 M.**

Pique-Kleider weiss und farbig

7,50 M., 10 M., 15 M. **Hochelegante Waschkleider** in Zephir, Satin u. Piqué 8 M., 10 M., 12 M. **Organdy 18 M., 20 M. Seiden-Foulard 35, 50 M.**

Jaketkleider elegante Façons

in Ribeline, Neberibel, — Cheviot, Covercoat, Homespun 15 M., 20 M., 25 M. **Blusen in Waschseide,** einzigende Streifenmuster, 3,50 M., 5 M., 6 M. **Blusenhemden 1,35 M., 2 M. Morgenröcke und Matinées 3 M., 5 M., 6 M.**

Golf-Capes Reise-Capes, Gummimäntel, Staubmäntel

jeht 3,75-15 M. **Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen in Taill mit Application und feinem Rips 10 M., 15 M., 20 M.**

Sielmann & Rosenberg

Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstraße.

Protest-Versammlung

Donnerstag, den 10. Juli 1902, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:

Tages-Ordnung: **1. Die Grenzthaten des Zarisismus. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour. 2. Diskussion.**

Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersuchen **Die Vertrauensleute für Berlin und Umgegend.**

Achtung! Maurer! Achtung!

Freitag, den 11. Juli, abends 9 Uhr, im Saale I des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15:

Baudeputierten-Versammlung.

Wir erwarten, daß jeder Bau durch einen Deputierten vertreten sein wird. **Die Verbandsleitung.**

An die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Töpfergewerbes im Innungs-Bezirk Berlin.

Die in der Nr. 156 von dem „Vorstand des Vereins der Töpfer“ veröffentlichte Bekanntmachung entspricht der Wahrheit nicht.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Töpfergewerbe ist von dem Vorstand der Innung in Verbindung mit dem Gesellenausschuß errichtet und hat rechtsverbindliche Kraft für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dem Töpfergewerbe. Derselbe befindet sich **Engel-Ufer 15, Zimmer 10, I.** Alle den Nachweis Benutzenden haben sich zu legitimieren.

Der Vorstand der Innung. H. Thiele, Obermeister. Die Gesellen-Vertretung. Hugo John, Altgeselle.

Achtung! IV. Wahlkreis (Osten).

Sonntag, den 13. Juli 1902, in „Mentes Volksgarten“, Röder-Strasse 35-36, Lichtenberg und Landsberger Chaussee:

Gr. Sommer-Fest

bestehend in **Grossem Konzert** ausgeführt von 2 stark besetzten Kapellen.

Massen-Gesänge — Radfahrer-Reigenfahren — Grossartige athletische Aufführungen (ausgeführt vom Athletenklub Eiche) — **Volks- und Kinderbelustigungen,** als: **Kasperle-Theater, Sacklaufen, Eselreiten.** Bei eintretender Dunkelheit: **Feuerwerk und Grosser Kinder-Fackelzug** wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält.

Grosser BALL.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von nachmittags 2 Uhr an zur Verfügung. a Liter Milch 60 Pfennig. **Eröffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 3 1/2 Uhr. Billet 20 Pf. An der Kasse 25 Pf.**

Treptow.

Richters Jägerheim. — Bellers Gesellschaftshaus. Joëls Victoria-Garten. Ludwigs Park-Restaurant. Hohlweins Kegler-Schlösschen. (Köpenicker Landstrasse.) **Sonntag, den 13. Juli 1902:**

SOMMER-FEST

arrangiert von den **Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Süd-Ost)** bestehend in **Grossem Konzert**

bei stark besetzten Kapellen, ausgeführt von Mitgliedern d. Central-Verbands d. Civilmüller Deutschlands. Kinder-Belustigungen gratis. Marionetten-Theater. Stockfischen. Fackelzug. — Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung (1 Liter 60 Pf., halber Liter 35 Pf.). — Von 4 Uhr ab in allen Sälen: **Gr. Tanz** (Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach). — **Eröffnung 2 Uhr. — Billet 10 Pf.** Durch den ausserordentlich niedrigen Eintrittspreis wird es jedem Parteigenossen mit seiner Familie möglich sein, dieses Fest zu besuchen. Da wir auch für die Belustigungen der Kinder auf das Beste gesorgt haben, legen wir einem recht zahlreichen Besuch entgegen. **Das Komitee.**

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin

und Umgegend. (Eingetragene Stiftung 118.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der II. Nachtrag zum Statut genehmigt ist und dieselbe den Mitgliedern im Rosenbaum-Park-Kranz 20, sowie in den Hauptstellen unentgeltlich ausgeschrieben.
Der Vorstand.

2. Ziehung 1. Klasse 207. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 8. Juli 1902, vormittags.
Aus die Gewinne über 60 Mk. sind den berechtigenden Nummern in Blauem beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

39 303 9 22 (100) 549 717 51 65 858 029 2209 (100)
330 701 48 807 954 82 3021 28 137 94 279 354 500 63
63 633 44 938 75 4079 112 201 24 656 87 758 842 83
5043 65 468 681 848 971 73 6011 81 135 (100) 247 418
25 504 666 701 96 849 989 83 90 7056 100 549 671 726
28 04 75 8045 95 247 33 330 41 407 849 80 651 780 942
908 9032 137 60 250 340 77 598 728 841 61 904
10003 116 321 63 77 451 548 735 843 (100) 902
40 11072 309 42 570 93 673 74 98 715 81 839 31
12069 84 140 53 (100) 98 203 6 353 451 322 699 (150)
722 49 83 13125 340 53 407 49 709 75 14040 40 209
302 40 843 88 89 854 71 861 15149 78 97 285 376 411
42 (100) 834 37 71 723 64 824 961 71 16011 37 98
141 48 424 48 536 59 609 609 702 809 865 17984 185
443 774 910 59 18025 (100) 242 97 484 662 (150) 816
83 900 19152 306 742 808 15
20167 (150) 23 33 263 646 754 (100) 82 87 98 100
46 75 85 12029 39 74 417 30 700 3 828 22096 107
200 383 418 541 606 40 408 23125 242 356 94 719 829
63 24343 54 (150) 478 666 25097 193 203 827 815
26167 75 256 322 473 609 716 51 977 27110 307 611
747 857 90 28273 328 94 882 996 20042 232 99 320
(150) 32 490 689 700 85 93 94
30025 177 (100) 402 21 516 19 867 31090 104
294 385 47 988 701 929 (150) 49 32170 (100) 74 429
599 703 812 993 33400 530 76 610 19 912 25 34166
70 381 560 623 28 82 880 939 97 35067 272 314 84
89 442 84 535 78 658 700 969 36208 28 649 735 (100)
818 987 37001 30 96 163 75 860 787 817 939 38132
(150) 401 93 820 700 881 904 39164 511 47 885 96 871
40016 135 (100) 60 247 350 442 41010 82 122
63 87 225 407 71 80 776 890 42156 359 (100) 648 815
922 33 43283 300 56 63 427 29 517 44108 505 603
772 871 903 25 44 45249 (100) 53 262 65 88 603 798
314 92 46151 59 315 26 502 68 88 47143 65 263
849 99 524 985 88 48238 331 467 533 621 91 859 49218
36 40 638 769 831 933 88
50053 120 33 338 402 702 58 805 51022 96 150
88 87 (100) 304 41 67 414 23 724 74 939 52051 95 132
63 294 442 633 646 846 98 927 33 66 53121 267 38
330 94 878 54152 67 247 66 398 415 601 55065 205
76 303 5 414 857 802 61 56473 164 74 230 45 93 374
664 925 81 93 57130 293 282 90 408 58 520 (100) 714
28 39 896 58007 16 31 82 161 93 317 835 (100) 783
821 936 50925 25 28 33 299 394 540 643 58 720 99
60038 96 159 259 10 83 345 85 478 570 625 92 777
(150) 891 59 72 61027 71 431 836 85 667 731 894 87
62177 225 57 404 519 49 867 997 63208 61 94 404 48
833 905 8 64067 73 83 85 120 56 245 410 78 540 814
85079 214 18 429 92 675 714 841 96 904 54 66060
83 344 464 612 67 904 77 67167 208 535 80 685 48653
(150) 60 (100) 321 97 383 484 504 822 713 884 944 69
69100 (100) 24 343 436 41 83 840 (100) 68 98 935 47
70003 25 46 117 339 478 79 504 85 811 990 71045
233 339 82 447 60 83 783 994 72445 990 772 801 22
32 64 87 70301 119 206 329 433 46 59 (150) 78 90 718
80 879 908 31 60 74006 65 126 79 397 518 749 79
90 819 65 75159 71 275 (100) 352 482 739 59 834 902
76036 101 204 4 39 70 462 549 11501 88 862 77062
63 95 109 279 428 (100) 520 26 610 9049 78096 161
206 74 389 481 519 83 90 701 63 79483 339 71 75 732
90 (100) 832
80242 75 309 417 617 796 81119 64 347 51 432
676 771 80 945 81 967 82227 55 539 95 593 94 633
71 702 60 75 76 858 87 976 83030 311 98 490 91 517
63 86 89 624 707 8 844 833 89 84046 85 162 70 629
891 938 85010 25 139 218 320 696 938 86221 39
302 7 483 556 45 87069 70 121 44 243 79 432 808
88007 336 418 19 610 649 83 820 68 70 933 36
89013 166 (150) 319 443 71 659 719 819 916 (100) 72
15 (100)
90084 104 44 48 96 339 429 796 904 91115 22
225 300 412 49 (100) 633 740 87 79 803 922 39 92107
277 314 65 999 93128 215 448 62 63 638 712 31 33
812 979 94014 18 65 237 70 334 77 418 535 45
59 641 831 95106 60 482 92 525 81 637 98 747 969
96028 (150) 71 144 82 262 314 420 47 806 76 97281
86 389 645 (100) 741 873 86 98353 77 479 572 33
678 733 68 4 70 916 99100 13 71 298 316 35 92 433
100223 62 272 374 601 738 101010 30 168 408
579 102007 37 253 544 (100) 743 69 866 103963
267 92 575 602 737 872 964 87 88 104206 29 63 384
423 4 506 609 841 964 69 105062 128 465 615 18
51 64 701 45 86 891 900 106237 64 527 992 37 717
24 844 59 88 107246 356 508 108088 85 191 597
685 797 941 (100) 109094 80 83 249 74 385 487 635
78 746 865
110887 299 372 78 86 508 580 111245 92 96
619 80 87 813 997 98 112635 896 905 113049 120

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Spezialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzerstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

Mühlenstr. Nr. 8,
an der Borsigstr., hind vom 1. Ober-
boden ab hülfliche Hofwohnungen von
2 Stuben zu vermieten. Näheres
befeist beim Verwalter.
40280*
Frei Preuß
74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke
Bergmannstr., empfiehlt Freunden
und Bekannten fein Weiss- und
Bayrisch-Bierlokal mit
Bereitszimmer für 60 Personen. *

„Wanzenfeind“ „Mottenfeind“ „Schwabenfeind“
in der Flasche im Beutel im Streu-Turm
Preis 50 Pf., 1,00, 1,50 nur 5 Pf. 25 Pf., 50 Pf., 1,00
Unfehlbar sicher
Allein-Verkauf: Fabrikant
Fabrikant
Fernspr.: Amt 74, 6331. (beim Alexanderpl.)
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!
Th. Schmiedel
Gesetzlich geschützt!
Neue Königl. Str. 53, I.
(beim Alexanderpl.)

51 (100) 508 682 98 780 91 944 114020 163 321 45
48 423 96 610 971 115146 76 502 37 701 32 37 61
97 (150) 872 976 116024 226 (200) 410 35 89 743 43
890 943 46 (100) 117012 (100) 44 164 488 612 59 867
955 118082 194 244 463 548 721 830 119002 225 37
444 49 62 871 938
120031 55 149 244 698 782 121126 220 418 49
671 789 841 992 122019 83 100 256 73 626 (200)
736 903 53 123161 200 622 35 727 55 818 906 124143
(100) 559 73 444 (100) 622 46 710 (100) 57 94-125044
200 311 442 58 563 82 750 80 811 (100) 49 60 126069
317 45 400 840 82 727 81 127002 67 114 71 (200)
275 324 26 411 646 83 807 128006 182 573 685 728
815 39 78 129075 (100) 105 30 41 53 220 320 53
597 621 780 981
130125 48 (100) 273 308 60 505 15 (100) 31 64
10 91 917 39 131079 168 203 363 488 523 755
132050 136 60 241 80 (100) 478 61 787 91 131610
71 81 915 327 663 964 134607 135026 66 243 322
98 533 844 136037 157 268 306 476 602 743 80 888
137338 48 71 422 553 623 63 81 138320 47 452 523
835 139035 111 241 86 358 (100) 577 92 695 706
(100) 965
140204 417 62 (100) 554 833 (100) 948 90 141013
62 93 (100) 211 53 99 322 413 629 33 97 811 97 82
142222 778 822 340 143035 85 473 81 820 704 876
144504 19 229 340 419 511 35 727 840 941 88 145109
597 748 146013 177 361 434 595 617 803 147013
185 224 80 312 (100) 545 927 148012 37 60 151 403
40 60 667 846 49 60 149316 462 761 98
150062 170 215 63 312 93 485 511 47 610 75 832
151102 171 623 28 62 628 58 152062 250 306 457
720 153070 181 95 233 44 (100) 49 337 83 404 9 24
39 47 90 584 77 695 700 51 987 (100) 154179 270
342 93 582 637 825 39 89 902 98 155235 90 612 22
34 732 39 982 156220 21 512 51 739 893 157135
200 31 325 596 650 870 941 58 158206 306 39 (100)
48 413 678 618 882 926 159403 504 82 51 86 873
160190 272 349 856 161111 18 229 493 560 665
64 719 918 162114 263 368 477 88 90 609 980 (100)
163076 154 204 90 371 85 477 82 883 82 (100) 722
835 (200) 90 918 31 164143 60 80 92 300 428 506
57 606 65 165148 423 501 737 90 812 909 166071
111 244 53 59 322 83 481 730 87 801 908 28 167499
718 908 84 82 168105 328 78 487 96 540 662 (100)
72 90 (100) 738 169060 81 101 (100) 93 281 474 564
67 780 881 963 (100)
170077 178 (100) 592 93 894 908 79 171108
329 711 827 35 61 172191 42 45 387 455 81 587 665
173111 98 293 322 61 558 745 174016 75 102 383
500 8 (100) 24 675 753 81 823 985 175042 98 368
575 612 41 51 69 (100) 702 89 176111 25 296 325
39 537 750 (200). 177698 130 90 256 415 679 178066
64 195 226 58 70 96 343 441 (150) 788 885 808 44
179212 14 74 416 70 670 755
180054 638 58 763 90 96 982 181018 414 582
(100) 182124 47 349 476 542 56 688 757 99 879
183094 37 149 13 302 499 741 184204 546 75 654
877 185031 45 82 507 15 667 938 66 186209 14
345 428 821 918 187399 87 419 78 648 745 899 928
(100) 188183 (100) 248 88 363 414 70 504 42 754
812 70 954 189028 46 237 82 751 910
190056 114 77 367 482 596 609 (100) 37 738
191024 41 52 102 84 51 55 58 333 (100) 99 467
599 723 192040 62 71 265 68 79 308 407 859 973
193055 182 69 211 591 417 (200) 770 839 194069
110 292 637 69 (150) 820 987 195038 192 355 670
704 20 65 67 804 916 196355 588 46 75 659 77 914
54 197227 81 78 85 420 53 618 633 669 198078
103 37 (100) 249 67 379 615 755 84 90 199076 160
61 895
200221 75 320 46 679 656 747 64 73 78 (100) 801
90 906 42 (100) 48 201058 92 152 60 385 775 202214
48 453 560 688 847 53 951 203070 317 38 53 498
601 726 61 833 55 64 92 952 204118 226 (100) 425
31 676 177 978 205066 70 182 89 206 83 642 91 672
849 63 87 68 206066 78 101 72 390 53 610 60 776
90 207135 270 353 717 29 940 82 208219 (200) 372
(200) 583 627 88 876 907 209212 35 75 431 90 706
16 819 (100) 25 35 90
210074 111 323 49 529 689 747 48 68 966 (100)
211015 90 204 39 (100) 310 635 702 41 908 212300
47 65 482 70 4 27 37 76 213041 51 233 330 (200)
302 948 214006 129 (200) 300 574 612 26 78 (100)
715 21 54 810 215040 (100) 165 240 470 502 39 653
728 73 99 980 210885 120 218 458 594 (150) 615
97 736 64 210747 475 656 900 72 218048 162 283
357 61 634 942 87 219075 98 238 31 84 419 323
220149 (100) 367 307 11 94 546 55 83 690 736
840 221044 110 59 70 735 303 735 869 76 93 222114
71 74 89 401 573 621 79 735 817 223005 427 40 593
615 742 82 60 813 224146 387 445 830
Im Weinrotte verbleiben: 2 Centes zu 2000 Mk. 2
zu 1000 Mk. 6 zu 500 Mk.

2. Ziehung 1. Klasse 207. Rgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 8. Juli 1902, nachmittags.
Aus die Gewinne über 60 Mk. sind den berechtigenden
Nummern in Blauem beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

225 301 15 40 415 506 76 622 92 995 1222 300 12
22 50 94 529 627 2099 108 319 413 14 38 697 3307
(100) 578 816 4445 60 803 718 98 826 5112 63 493 660
833 815 54 6105 62 287 310 13 96 442 544 70 844 78 969
7107 300 59 6105 62 287 310 13 96 442 544 70 844 78 969
90 821 92 919 9090 193 378 95 477 606 813 963 71
10060 97 119 20 276 301 19 431 554 86 797 11000
50 268 394 421 83 12088 261 351 431 794 601 56 (300)
71 13099 138 297 399 476 516 (200) 703 14405 502
628 824 15011 119 291 646 722 16044 156 62 306 64
70 801 47 749 (150) 816 17005 164 474 603 850 85 (150)
809 18120 49 201 24 10001 316 46 70 92 445 610 19 23
61 71 722 39 847 87 980 19051 362 428 (100) 75 529 724
857 949
20020 20 445 975 21061 89 284 422 96 886 22221
366 563 88 646 714 824 72 955 70 23154 84 272 345 89
624 68 965 24159 70 88 215 (100) 312 17 477 852 60
902 44 77 25079 141 218 30 41 442 329 99 671 26088
79 166 210 50 592 94 718 (150) 87 893 78 83 27014 45
304 35 411 735 80 80 28107 81 221 58 405 27 84 508 69
604 (100) 713 68 976 (150) 29192 353 584 913 (200)
30206 431 71 502 89 763 991 31065 192 288 407
99 623 74 646 702 51 825 46 32105 207 833 405 26 37
54 223 73 710 (100) 943 33153 225 55 463 856 34149
82 229 44 61 845 71 446 533 692 728 833 946 35092 113
394 540 84 771 (100) 30177 90 239 (200) 304 10 422
688 708 910 73 37034 47 60 406 547 608 21 74 733 850
97 989 58175 381 377 403 588 662 (100) 643 941 50
39002 69 (100) 125 402 44 78 785 94 838
40184 89 207 361 461 641 938 (200) 41049 75 714
891 42126 257 424 35 36 76 662 (100) 727 58 43300
349 691 750 76 938 44005 74 256 (100) 314 402 26 526
54 47 665 99 788 919 45052 82 209 827 747 (100) 819
46079 386 607 25 898 97 902 46 73 47029 (200) 109
202 30 386 685 782 48039 191 338 420 61 90 708 901 66
49071 168 201 310 440 587
60741 (150) 810 13 019 (100) 74 51512 14 33 820
95 52079 82 134 29 464 96 587 650 (100) 789 842 907
53360 61 883 628 31 871 854 94 54043 61 104 232 508
78 709 983 90 56227 306 445 545 816 59 80 50822 109
86 220 395 426 32 39 57 90 846 982 57094 213 314 801
952 58114 251 388 467 73 78 87 507 18 240 83 901 61
59615 49 111 69 (200) 226 47 701 98 887 (100) 928
74 (150)
60163 550 940 (100) 49 61263 324 490 507 625 797
828 81 62127 142 72 306 41 412 602 60 700 828 83 856
28 63132 313 55 801 945 64018 43 59 249 376 88
402 598 668 79 65083 164 249 60 88 392 598 698 848
66098 54 100 43 240 307 484 329 93 96 442 709 900
(100) 6 89 67008 113 14 261 302 73 574 716 81 (100)
830 66098 135 38 289 443 826 922 (100) 69081 233
83 91 306 30 73 801 32 672 834 82 992
70242 146 429 92 628 77 78 770 84 71041 220 325
61 75 422 95 593 647 38 728 630 83 72115 81 273 312
502 963 82 73050 84 477 679 784 74141 61 235 330
406 506 695 733 94 75044 122 77 388 562 61 728 833
48 916 76114 338 427 99 791 59 850 77144 25 346
581